

GENDER MATTERS!

KRISENZEITEN: GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT UNTER DRUCK

Infobrief zur geschlechterpolitischen Arbeit — Nr. 1

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

FOKUS Krisenzeiten: Geschlechtergerechtigkeit unter Druck

EDITORIAL

Liebe Leser_innen, wir freuen uns, Ihnen den ersten Infobrief der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zum Thema Geschlechterpolitik präsentieren zu können. Er erscheint zukünftig zweimal im Jahr und soll Ihnen spannende Lektüre sein sowie über die konkrete Arbeit der FES im Themenbereich Gleichstellung berichten.

Der Infobrief löst den Gender-Jahresbericht der Stiftung ab. Er erscheint online und auch in begrenzter Auflage als Printversion. Gerne können Sie sich für die Online-Version über die Webseite <http://www.fes.de/gender/infobrief/> anmelden. Das Schwerpunktthema dieser ersten Ausgabe des Gender-Infobriefs hat sich geradezu aufgedrängt. Wohin wir in diesen Zeiten blicken, ist Krise. Was als Immobilienkredit- und Finanzkrise begann, hat sich in den letzten vier Jahren ...

SEITE 03

Von „jungen Helden“ und „alten Weibern“

Die Finanzkrise sei auch durch unbewusste Geschlechterstereotype entstanden, sagt die Ökonomin Julie Nelson im Interview.

SEITE 04

Die Eurokrise und die Frauen: Maskulinisierung des Sozialstaates

Dass die Eurokrise ein Geschlecht hat, ist auf den ersten Blick nicht sichtbar. Es geht um Staaten, öffentliche Haushalte, ...

SEITE 07

Die Krise als Chance

„Das alte Wirtschaftsmodell hat ausgedient. Wir müssen Wirtschaft völlig neu denken!“ So tönte es überall kurz nach Ausbruch ...

SEITE 09

„Occupy Future“

„Die Zukunft, die wir wollen“ — so lautete das ambitionierte Motto des diesjährigen Rio+20-Gipfels. ...

SEITE 12

RÜCKBLICK

- „Unser Kampf für die Frauenrechte geht weiter“ Während der Massenproteste ...
- Das Projekt „Frauenquote in der Wirtschaft“ Wirtschaft und Politik sind sich einig: ...
- Den Rollback aufhalten Feminismus? Wer braucht den heute noch? ...
- Frauen in die Politik! Im Vergleich zur Wirtschaft sind Frauen in der Politik ...
- Gender in Afrika Längst ist Gender als Konzept in Afrika angekommen ...
- Gender in der Migrationsgesellschaft Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes ...
- Gender matters! Massenmedien haben in doppelter Hinsicht eine geschlechtliche ...
- High Noon zum 100. Frauentag ... und um die Frauen ist es schlecht bestellt ...
- Ostmitteleuropa: Gleichstellung in Sicht? Während der Sowjetzeiten ...
- Schluss mit Gewalt gegen Frauen! Seit Beginn der aktiven Frauenbewegung ...
- Zukunftsbaustelle Pflege Der demografische Wandel — längst ist er da ...

SEITE 14

PUBLIKATIONEN

- Betreuungsgeld.
- Mehr Rückschritt als Fortschritt.
- Hetero, weiß und männlich?

... und weitere Publikationen!

SEITE 33

WIR MACHEN GENDER!

- FES-Geschäftsführer Dr. Roland Schmidt zur Gender-Arbeit der Stiftung
- Aktuelle Promotionsprojekte

SEITE 35

IMPRESSUM

SEITE 39

Editorial

Liebe Leser_innen,

wir freuen uns, Ihnen den ersten Infobrief der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zum Thema Geschlechterpolitik präsentieren zu können. Er erscheint zukünftig zweimal im Jahr und soll Ihnen spannende Lektüre sein sowie über die konkrete Arbeit der FES im Themenbereich Gleichstellung berichten.

Der Infobrief löst den Gender-Jahresbericht der Stiftung ab. Er erscheint online und auch in begrenzter Auflage als Printversion. Gerne können Sie sich für die Online-Version über die Webseite <http://www.fes.de/gender/infobrief/> anmelden.

Das Schwerpunktthema dieser ersten Ausgabe des Gender-Infobriefs hat sich geradezu aufgedrängt. Wohin wir in diesen Zeiten blicken, ist Krise. Was als Immobilienkredit- und Finanzkrise begann, hat sich in den letzten vier Jahren zur Wirtschafts-, Banken- und Staatsschuldenkrise entwickelt. Dabei unterscheidet das „Phänomen Krise“ natürlich nicht zwischen Mann und Frau. Die konkreten Auswirkungen jedoch — Arbeitsplatzverlust, Abbau öffentlicher Infrastruktur und steigende Armut — sowie die politischen Antworten, die dazu formuliert werden, treffen Frauen und Männer oft in sehr unterschiedlicher Weise.

Auch bei der Ursachenanalyse der Krise ergeben sich aufschlussreiche Ergebnisse, wenn man Gender in die Betrachtung einbezieht. Schon lange machen Feministinnen darauf aufmerksam, dass wir eigentlich seit Jahrzehnten in einer Dauerkrise beziehungsweise in Dauerkrisen leben: einer Sorge- bzw. Carekrise, einer Klimakrise und in vielen Teilen der Welt in einer Nahrungsmittelkrise. Die derzeitigen zusätzlichen Krisen sind aus dieser Sicht nur die Spitze des Eisbergs.

Der **FOKUS** (ab S. 3) dieses Newsletters gibt Ihnen einen Überblick über einige Aspekte der derzeitigen Krisenlandschaft. Im Interview mit der feministischen Ökonomin Julie Nelson (S. 4) werden unter anderem die Ursachen der Krise näher beleuchtet. Aber auch Lösungsansätze möchten

wir in unseren Artikeln *Die Eurokrise und die Frauen: Maskulinisierung des Sozialstaates* (S. 7) und *Die Krise als Chance: Weichenstellungen für eine geschlechtergerechte Zukunft* (S. 9) aufzeigen. Ebenso gehen wir in *Occupy Future — Ist Nachhaltigkeit die Lösung für die Geschlechterfrage?* (S. 12) der Frage nach, inwieweit uns das Konzept der Green Economy im Hinblick auf das Thema Geschlechtergerechtigkeit weiterbringt.

In unserer Rubrik **RÜCKBLICK** (ab S. 14) erhalten Sie unabhängig vom Schwerpunktthema einen Überblick über die geschlechterpolitische Arbeit der FES in den letzten Monaten. Zusätzlich finden Sie hier eine Rückschau auf das 100. Jubiläum des Weltfrauentages 2011 (S. 26). **NEUE PUBLIKATIONEN** (ab S. 33) haben wir in der entsprechenden Rubrik dieses Infobriefs für Sie zusammengestellt. Schließlich: In der Rubrik **WIR MACHEN GENDER** (ab S. 35) möchten wir Ihnen — neben aktuellen von der FES-Studienförderung unterstützten Promotionsprojekten mit Genderbezug — die Menschen vorstellen, die in der FES für die Themen Gender und Gleichstellung stehen. Den Anfang macht, stellvertretend für die gesamte Stiftung, unser Geschäftsführer Dr. Roland Schmidt.

Abschließend möchten wir Sie noch auf unsere Zusammenstellung aktueller Termine der FES zum Thema Gender hinweisen. Besuchen Sie hierfür unsere Webseite: <http://www.fes.de/gender/infobrief/termine/>

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung und Anregungen zum ersten Infobrief Gender Matters! (unter forumpug@fes.de) und wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Bettina Luise Rürup
Leiterin Referat Forum Politik und Gesellschaft,
Koordination Gender in der Friedrich-Ebert-Stiftung



Die feministische Ökonomin Julie Nelson im Interview mit der FES — Foto: Jens Schicke

VON „JUNGEN HELDEN“ UND „ALTEN WEIBERN“

Die Finanzkrise sei auch durch unbewusste Geschlechterstereotype entstanden, sagt die Ökonomin Julie Nelson im Interview.

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES): Frau Nelson, Lehman Sisters hätten die Finanzwelt nicht zum Zusammenbruch gebracht, wie Lehman Brothers das taten, hieß es öfter in den Medien. Ist die Finanzkrise eine Männerkrise?

Julie Nelson: In den Auswirkungen ist sie sicher keine Männerkrise, Frauen bekommen sie eher stärker zu spüren. Aber es ist interessant, dass eine Art Rücksichtslosigkeit die Finanzkrise mitverursacht hat: Unkalkulierbare Risiken einzugehen, und zwar im Auftrag von Leuten, denen das nicht klar war. Und sich dann darauf zu verlassen, dass der Staat einem schon wieder heraushilft. Das sind Verhaltensweisen, die man eher mit Männlichkeit assoziiert.

FES: Heißt das, Frauen hätten es besser gemacht?

Nelson: Das meine ich nicht. Die Studien, die sagen, dass Frauen weniger risikobereit seien als Männer, übertreiben die Geschlechterdifferenz. Sieht man sie sich genauer an, stellt man fest, dass die Ergebnisse sich zum größten Teil ähneln: Das heißt, die meisten Männer sind genauso risiko-avers wie die meisten Frauen. Nur in den Extremen gibt es Unterschiede. Und dann unterscheidet sich das Verhalten von Männern auch von Situation zu Situation: Als sie in einem Experiment eine parfümierte Handcreme testen sollten, sind sie anschließend höhere Risiken eingegangen. Sie mussten ihre Männlichkeit bestärken, die vorher bedroht wurde. Das heißt, die meisten Männer sind nicht per se risikoaffiner als Frauen, sondern sie sind es, wenn sie zeigen wollen, dass sie besonders männlich sind. Und das hat nicht mit ihrem Geschlecht zu tun, sondern eben mit dem, was von Männern erwartet wird. Sie leben in einer Atmosphäre, die „Männlichkeit“ gebietet.

Die Zweiteilung der Lebenswelt

FES: Frauen hätten es also vielleicht anders gemacht, weil mit „Weiblichkeit“ andere Erwartungen verbunden werden?

Nelson: Sie hätten nicht anders gehandelt, weil sie Frauen sind. Gesellschaftlich wird jedoch angenommen, das Finanzgeschäft gehöre — weil mathematisch und technisch — zur „männlichen“ Sphäre. Nach dieser Vorstellung agierten Individuen in diesem Bereich autonom und vom Eigeninteresse getrieben. Das liege einfach in der Natur der Sache. Ich glaube jedoch, das ist keineswegs so. Es gibt an den Finanzmärkten eine Menge Emotionen, eine Menge sozialer Verbindungen, Netzwerke, viel Angst, Pessimismus oder Optimismus, die die Märkte in Gang halten. Aber Emotion ist sozial feminin konnotiert. Man versucht sie zu ignorieren. Wenn als feminin etikettierte Attribute wie Vorsicht oder Fürsorge nicht mehr abgewertet und unter den Teppich gekehrt würden, sähe das Finanzsystem anders aus.

FES: Und wie sähe es dann aus?

Nelson: Ich denke, das Finanzsystem gibt es in dieser Form nur, weil das menschliche Bedürfnis nach Sicherheit, Verbundenheit und Ethik abgetrennt wurde. Diese sehr menschlichen Aspekte werden der häuslichen, „weiblichen“, Sphäre zugeordnet. Der Markt funktioniert nach dem Prinzip des Rechts des Stärkeren. Wer schwach ist, geht unter. Es gilt daher als „in Ordnung“, wenn man gierig ist, eigennützig und sich auf Kosten anderer durchsetzt — es liegt in der Natur der Sache. Am Ende des Arbeitstags soll die häusliche Sphäre diesen Mangel an Menschlichkeit aber kompensieren und abfedern. Löst man diese Zweiteilung auf, ändert das auch die Finanzwelt. Es geht also nicht schlicht darum, was Frauen anders machen. Der springende

Punkt ist vielmehr, dass die ausschließliche Zuordnung des ökonomischen Lebens zu einer Sphäre maskuliner Zuschreibungen — unter Ausschluss aller weiblich konnotierten Aspekte — ein Monster geschaffen hat.

FES: Wenn Sie die Eigenschaften von der jeweiligen Geschlechterzuschreibung loslösen wollen, ist es dann nicht hinderlich, sie als männlich oder weiblich einzusortieren? Verstärken Sie damit nicht das Klischee?

Nelson: Die Forschung zeigt, dass diese Klischees tief in unserem Unbewussten verankert sind. Ich bringe sie zu Bewusstsein. Ich versuche, die Verbindung von Weiblichkeit und Minderwertigkeit zu trennen. Und auch die Verbindung zwischen angeblich weiblichem Verhalten und Frauen sowie männlichem Verhalten und Männern.

Kein Geld für „Frauenarbeit“?

FES: Und das Ergebnis dieser Klischees ist dann, dass „Frauenarbeit“ schlecht bezahlt wird, weil sie als minderwertig gilt?

Nelson: Das Klischee ist historisch gewachsen. Frauen verrichteten die typischen „Frauenarbeiten“ in der Vergangenheit meist unbezahlt. Nun hat sich die Welt verändert, Frauen sind nicht mehr automatisch über ihren Mann versorgt. Aber die Muster bleiben bestehen. Es hält sich auch die Ansicht, dass in Frauenjobs aus Liebe und Mitgefühl gearbeitet wird — und nicht wegen des Geldes. Das ist verrückt. Natürlich motiviert es, wenn die Arbeit wertgeschätzt und gut bezahlt wird.

FES: Ein oft gehörtes Argument gegen höhere Frauenlöhne, zum Beispiel im Pflegesektor, lautet, dass man sie sich nicht leisten kann, besonders jetzt in der Krise. Die Forderung sei unrealistisch.

Nelson: Das ist Quatsch. Die Frage, in welchen Sektor man Geld steckt, ist eine Frage der Entscheidung. Will man Brücken reparieren, Kriege führen, zum Mond fliegen? Man hat die Wahl. Man macht nicht erst alles Andere und sagt dann: Oh, schade, für euch ist kein Geld mehr da. Dabei kümmern sich die Menschen, die in den Pflegebereichen arbeiten, in den verwundbarsten Momenten unseres Lebens um uns: Kinder sind unsere Zukunft, und alt werden wir auch alle einmal. Warum sollte man in diesen Bereich nicht investieren?

Klischees dekonstruieren

FES: Wie wollen Sie gegen die Marginalisierung so genannter „femininer Eigenschaften“ in der Wirtschafts- und Finanzwelt vorgehen?

Nelson: Ich will die Stereotype aufweichen. Statt eines Dualismus stelle ich mir vier Felder vor: Das typisch Männliche hat positive und negative Seiten, das typisch Weibliche auch. Nun wollen wir am liebsten die positiven Seiten von beiden integrieren. Dazu gehört aber eben auch das Weibliche. Etwa bei der Finanzspekulation: Da ist einerseits dieses positive Bild vom jungen Mann, der voraus geht und führt. Das Gegenteil ist das alte, misstrauische „Weib“, das zurückgezogen in einer Hütte im Wald lebt — eine Hexe sozusagen. Wenn ein Mann sich nicht „männlich“ verhält,

gilt er schnell als altes Weib. Die „typisch weiblichen“ Eigenarten, die die alte Frau jedoch auch verkörpert, also Weisheit, Vorsicht und vernünftige Fürsorge sind aber auch positiv. Wir brauchen beides: mutiges Vorausgehen und Vorsicht. Denn ohne Vorsicht wird aus dem Held ein unbesonnener Idiot.

FES: Frauen und Natur würden beide in der neoklassischen Ökonomie ähnlich behandelt, schreiben Sie. Wie kann man beides fördern, ohne in alte Dualismen zu verfallen: Frauen gegen Männer, Natur gegen Kultur?

Nelson: Das habe ich geschrieben, weil Frauen und Natur in der Neoklassik beide als kostenlos und sich selbst erneuernd dargestellt werden. Die Arbeit der Frauen ist nicht sichtbar: Der Homo oeconomicus ist immer schon erwachsen, er wächst laut Thomas Hobbes einfach wie ein Pilz aus dem Boden. Und er wird nie alt. Aber Sie haben Recht, ich bin keine Ökofeministin, die meint, Frauen seien näher an der Natur. Das ist eine Essentialisierung, die ich nicht teile. Sie bedient nur die alten Stereotype. Dann könnte man ja Männern mit guten Ideen gar nicht mehr zuhören.

FES: Ihre Art der dekonstruktiven Analyse ist nicht so leicht zu verstehen. Kann man sie in politische Arbeit übersetzen?

Nelson: Ich bin zum Glück nicht allein. Es gibt andere kritische Ökonomen_innen und auch politische Gruppen, deren Ansätze sich mit meinen überschneiden. Meine feministische Forschung bestärkt diese: Ja, ihr tut das Richtige. Aber euch hört niemand zu, denn ihr tretet zu wenig machohaft auf. Was ihr tut, ist sehr viel mehr in Geschlechterklischees gefangen, als ihr denkt. Eure intellektuelle Arbeit wird nicht ernst genommen, weil sie feminin wirkt.

FES: Wie kommt man aus dieser Wahrnehmungsfalle heraus?

Nelson: Man muss die Geschlechterbilder ansprechen und bewusst machen. Sonst kommt man nicht heraus.

Die Quote als Krücke

FES: In Europa werden zurzeit Frauenquoten für die Topjobs in der Wirtschaft diskutiert. Können Quoten dazu beitragen, Geschlechterklischees abzubauen?

Nelson: Die Quote ist ein plumpes Mittel. Und es kann auch sein, dass damit nur Frauen gefördert werden, die das männliche Powerplay exakt genauso weiterspielen. Wir müssten eigentlich am Bild einer Führungspersönlichkeit arbeiten: Es kann nicht mehr nur aus einem harten, gierigen, egoistischen Machtspieler bestehen. Doch zeigt die Forschung auch: Die Klischees über „männliche“ Berufe ändern sich tatsächlich, wenn eine bestimmte Anzahl von Frauen dort auftaucht. Also: Die Quote ist plump, ist aber ein notwendiges Hilfsmittel, um Veränderung zu erzielen.

FES: Wie sind Sie persönlich darauf gekommen, den Homo oeconomicus infrage zu stellen?

Nelson: Ich begann an der Ökonomie zu zweifeln, als man mir beibrachte: Ein Haushalt ist eine nutzenmaximierende Einheit. Alle Menschen in einem Haushalt sollen ein Ziel verfolgen?

Dass ich nicht lache! Es gibt so viele Wünsche, Verhandlungen, Machtspiele in einem Haushalt. Dasselbe ist in einer Firma der Fall: Sagt sich jeder, der in die Firma kommt, jeden Morgen, „Lasst uns mehr Geld für unsere Aktionäre verdienen“? Das ist Quatsch. Natürlich gibt es solche Leute. Aber es gibt auch die vielen Menschen, die eine sinnvolle Arbeit machen wollen, die der Welt weiterhilft. Die Menschen bringen ihre sozialen Eigenschaften mit in die Firma. Es gibt so viele soziale Verbindungen, mit denen die Wirtschaft am Laufen gehalten wird. Mein Part ist, den Studierenden der Wirtschaftswissenschaften zu zeigen, dass Menschen nicht nur nutzenmaximierende egoistische Individuen sind. Dieses Konstrukt ist lediglich eine Hilfsfigur, damit man die Ökonomie mathematisieren kann, um sie wie eine exakte Wissenschaft aussehen zu lassen. Die Wirtschaft funktioniert so aber schlicht nicht.

Zum Weiterlesen:

Programm der Tagung „Institutionelle Rahmenbedingungen und Geschlechterverhältnisse“: <http://www.fes.de/forum/pug/inhalt/documents/GenderStudies.pdf>

Julie Nelson ist eine der bekanntesten feministischen Ökonominen der USA. Sie hat die „International Association for Feminist Economists“ und die Zeitschrift „Feminist Economics“ gegründet. Ihr Buch „Beyond economic man“ (1993) gilt als Manifest der feministischen Ökonomie. Zuletzt erschien von ihr „Macroeconomics in Context“ (2008).

Nelson war die Hauptrednerin auf der 1. Gender Studies-Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) mit dem Titel: „Institutionelle Rahmenbedingungen und Geschlechterverhältnisse: Auswirkungen auf die Lebensrealität von Frauen und Männern“ am 9. Oktober 2012 in Berlin.

Ansprechpartnerinnen für Wirtschaft/Gender in der Friedrich-Ebert-Stiftung: CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de> und SUSAN JAVAD <Susan.Javad@fes.de>



Plötzlich bricht der Lebensunterhalt ein — Foto: Reuters

DIE EUROKRISE UND DIE FRAUEN: MASKULINISIERUNG DES SOZIALSTAATES

Dass die Eurokrise ein Geschlecht hat, ist auf den ersten Blick nicht sichtbar. Es geht um Staaten, öffentliche Haushalte, die in Schieflage geraten sind, Schuldendienste, Sozialabbau, Lohnsenkungen. Die treffen alle. Aber: Sie treffen nicht alle gleich.

Lohnsenkungen sind besonders für diejenigen eine Katastrophe, die in Teilzeit arbeiten oder im Niedriglohnsektor. Bei ihnen reicht es plötzlich nicht mehr zum Leben.

Ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen in Europa arbeitet in Teilzeit. Deutschland liegt mit knapp 50 Prozent an der Spitze. Und auch im Niedriglohnsektor arbeiten viel mehr Frauen als Männer. EU-weit sind laut Eurostat 23 Prozent der erwerbstätigen Frauen im Niedriglohnsektor beschäftigt, aber nur 13 Prozent der Männer. In Deutschland sind 70 Prozent der Niedriglöhner_innen weiblich.

Frauenjobs zählen immer noch als „Zuverdienerinnen“-Jobs — und werden entsprechend schlecht bezahlt. Doch in der Krise, wenn der Ernährer arbeitslos wird, sind Frauen plötzlich Hauptverdienerinnen. Die Publizistin Christa Wichterich bezeichnet Frauen in diesem Zusammenhang als „soziale Airbags“, die größtenteils prekär arbeiten, doch in Krisenzeiten einen weiteren Job annehmen müssen, wenn der Haupternährer ausfällt. Auch die Kürzung öffentlicher Leistungen, etwa für Kinder oder Ältere, trifft besonders oft die Frauen, die dann die Sorgearbeit noch miterledigen müssen.

Das Dasein der Frau als Airbag wird aber zunehmend anachronistisch. Alle Prognosen und Umfragen zeigen, dass der Trend zum Zweiverdienerhaushalt geht. Typische Männerbranchen wie das produzierende Gewerbe geraten in die Krise — plötzlich kann der Familienernährer Frau und Kind(er) eben nicht mehr ernähren. „Erosion des Hauptverdienermodells“ nennt man das.

Die männlichen Eliten sind konservativ

In der Realität müsste es immer mehr Zweiverdienerhaushalte geben. Doch die Politik wird größtenteils von Männern gemacht und kommentiert. Und diese Männer, gerade die Eliten, sind geschlechterpolitisch konservativ. Sie kommen gar nicht auf die Idee, die Macht des Hauptverdieners aufzugeben. In ihren Augen ist das mit den Airbags ganz in Ordnung. Und so sieht auch ihre Krisenpolitik aus: Konjunkturprogramme gehen in Männersektoren: Automobilbranche, Baugewerbe. Und die Sparprogramme, die die EU nun den Krisenländern vorschreibt? Elisabeth Klatzer, Wirtschaftswissenschaftlerin an der Wirtschaftsuniversität Wien und Referentin auf der ersten Gender Studies-Tagung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und Friedrich-Ebert-Stiftung, hat sich genauer angeschaut, was die „Troika“ treibt.

Zunächst ist da der Demokratieabbau zu nennen. Die Troika aus Internationaler Währungs fonds, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank beschließt Sparauflagen für die überschuldeten Länder. Keines dieser Gremien ist demokratisch — und damit auch von der weiblichen Bevölkerung — gewählt. Die Regierungen, die diese drei Gremien bestücken, bestehen mehrheitlich aus Männern. Die Troika kann Staaten mit Strafzahlungen belegen, wenn diese den Vorgaben nicht entsprechen. „Somit erlangen die Einschätzungen von demokratisch nicht legitimierten Bürokraten über wirtschaftspolitische Fragen automatisch rechtliche Wirkung“, warnt Klatzer.

Auch die Forderung nach Schuldenbremsen sieht sie kritisch: „Den maskulinen Finanzinstitutionen schwebt vor, dass es zu Automatismen der Entscheidungsfindung kommt.“ Damit werde demokratische Entscheidungsmacht preisgegeben, erklärt Klatzer, die auch bei feministATTAC mitarbeitet, in der österreichischen Online-Zeitung *dieStandard.at*. Und Demokratieabbau in einer männerdominierten Gesellschaft mit weitgehend männlichen Eliten bedeutet: Frauen entscheiden kaum mehr mit.

Sechs-Tage-Woche, 13-Stunden-Tage

Die Rhetorik der Troika lautet, dass die Staaten „über ihre Verhältnisse“ gelebt haben und deshalb jetzt sparen müssten. Dass die Schuldenberge erst mit der Finanzkrise so angewachsen sind und ihre Ursache daher im Bankensektor haben, wird dabei selten erwähnt. Stattdessen lasse die Schuldzuweisung an die Staaten auch „Strafmaßnahmen“ legitim erscheinen, so Klatzer. Was die Troika nun verlangt, sind vor allem Staatsabbau und Lohnsenkungen. Griechenland etwa sollte im September 2012 die Sechs-Tage-Woche einführen, 13-Stunden Arbeitstage und die Rente mit 67. Kündigungsfristen und Abfindungen sollten halbiert, im Staatswesen allein bis zum Jahresende 15.000 Menschen entlassen werden. Mit anderen Worten: Das Land sollte dem neoliberalen Dreiklang von Privatisieren, Deregulieren und Kürzen folgen.

Für Frauen bedeutet das: Sie verlieren Jobs im öffentlichen Dienst. Der Abbau von Sozialleistungen individualisiert die Daseinsvorsorge. Man muss privat vorsorgen. Das kann nur, wer genügend verdient. Und das ist sicher nicht die „Zuverdienerin“.

Maskuliner Staatsumbau

Die österreichische Politikprofessorin Birgit Sauer nennt diesen ungebrochenen neoliberalen Einfluss ein „Projekt männlicher Eliten“, die den Sozialstaat „remaskulinisieren“ wollen. Der fürsorgende und als „mütterlich“ wahrgenommene Sozialstaat werde abgebaut zugunsten männlicher leistungsfähiger Einzelkämpfer mit Privatwohlfahrt in Form einer Ehefrau zu Hause. Und auch Klatzer meint gegenüber *dieStandard.at*: „Wir haben es mit einem massiven maskulinen Umbau Europas zu tun.“

Tatsächlich ist dieser Umbau des Sozialstaates männlich bis ins Mark. Denn auch in der öffentlichen Wirtschaft, in der in Deutschland beispielsweise mehr als die Hälfte aller Beschäftigten weiblich sind, finden sich in den Führungsetagen kaum Frauen. Von konkreten Entscheidungen, wie der in Krisenzeiten stark unter Kostendruck stehende Sozialstaat optimal verwaltet werden kann, sind sie größtenteils ausgeschlossen.

Die Ende November 2012 erschienene Studie „Frauen in Führungspositionen in der öffentlichen Wirtschaft“ (Schimeta, 2012) analysiert diesen Tatbestand und gibt einen Überblick zu den bestehenden rechtlichen Regelungen. Damit lenkt sie den Blick auf Sektoren mit eklatantem Handlungsbedarf, aber auch auf einzelne bemerkenswerte Erfolge, von denen es zu lernen gilt.

Alternativen sind möglich

Während das Thema „Frauen in Führungspositionen in der öffentlichen Wirtschaft“ in der allgemeinen Debatte bislang nur wenig Beachtung gefunden hat, steht Elisabeth Klatzer mit ihrer pointierten Beschreibung des maskulinen Umbaus Europas keineswegs allein.

Das Europaparlament verabschiedete 2010 eine Resolution, in der auf all diese Schief lagen hingewiesen wird: Männliche EU-Eliten fokussierten ihre Krisenreaktion auf Männer, heißt es dort, während Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit abgesagt oder stark verzögert würden. Zugleich wird festgestellt, dass nicht nur in der Krisenpolitik, sondern auch in der strategischen Planung der EU-Gender-Analysen nicht vorkommen.

Die Europäische Frauenlobby (EWL) hat sogar 2009 schon Anregungen für eine Änderung der Lage gegeben: Sie wies beispielsweise darauf hin, dass Investitionen in die öffentliche Kinderbetreuung und den Sozialsektor Frauen ein höheres Einkommen sichern und zugleich deren unbezahlte Care-Arbeit zu Hause abbauen würden. Dafür müsste die Einnahmegrundlage der Sozialversicherungen verbreitert werden. So könnten etwa Beamt_innen und Freiberufler_innen einbezogen und die Beitragsbemessungsgrenze angehoben werden, sodass auch Gutverdiener_innen weiterhin anteilig einzahlen.

Auch Elisabeth Klatzer plädiert für Einnahmeverbesserungen statt Ausgabenkürzung. Der europäische Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze müsse durch eine Harmonisierung der Steuern beendet werden. Eine Finanztransaktionssteuer würde die Einnahmesituation ebenfalls verbessern. Mit anderen Worten: Es gibt Alternativen. Wenn man sie sehen will.

Zum Weiterlesen:

SCHIMETA, JULIA 2012. Einsam an der Spitze: Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Sektor. Friedrich-Ebert-Stiftung: Forum Politik und Gesellschaft. Berlin 2012, online: http://www.fes.de/forumpug/inhalt/documents/Expertise_Internet_.pdf
 Programm der Gender-Studies Tagung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Friedrich-Ebert-Stiftung <http://www.fes.de/forumpug/inhalt/documents/GenderStudies.pdf>

Ansprechpartnerinnen für Gender/Wirtschaft in der Friedrich-Ebert-Stiftung:
 CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de> und
 SUSAN JAVAD <Susan.Javad@fes.de>



Wohin fließen die Gelder in der Krise und was bewirken sie? — Foto: Istock

DIE KRISE ALS CHANCE: WEICHENSTELLUNGEN FÜR EINE GESCHLECHTERGERECHTE ZUKUNFT

„Das alte Wirtschaftsmodell hat ausgedient. Wir müssen Wirtschaft völlig neu denken!“ So tönte es überall kurz nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Damals war oft die Rede davon, dass eine Ursache der Krisen auch in den „männlich“ geprägten Werten zu suchen sei, die diesem konventionellen Wirtschaftsmodell zugrunde liegen: Gier, Konkurrenz, kurzfristiges Denken zulasten der Nachhaltigkeit, um nur einige Schlagworte zu nennen.

Ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen in Europa arbeitet in Teilzeit. Wären die Lehman Brothers Sisters gewesen, wäre alles ganz anders gekommen, so die steile These. Natürlich greifen solche Argumente à la „Frauen sind die besseren Menschen“ zu kurz. Fest steht aber, dass die „Eliten“ in Politik und Wirtschaft, die über Jahrzehnte neoliberales Gedankengut gepredigt und durchgesetzt haben, fast ausschließlich Männer waren. Denkt man etwas intensiver darüber nach, wie denn die Wirtschafts- und Lebensform aussehen könnte, die allen gleichermaßen gerecht wird, liegt der Schluss nahe, dass Geschlechtergerechtigkeit eine zentrale Achse sein müsste.

Aber halt. Eigentlich müssten wir sie schon längst haben, die geschlechtergerechte, nachhaltige Wirtschafts- und Lebensform. Denn die EU wie auch die Bundesregierung haben sich längst verpflichtet, die Auswirkungen von Politik auf die Geschlechter zu untersuchen. „Gender Mainstreaming“ heißt diese Strategie, bei der Instrumente wie die Genderanalyse zum Einsatz kommen. Wird festgestellt, dass eine bestimmte Politik sich negativ auf die Geschlechterverhältnisse auswirkt, soll natürlich gegensteuert werden. Im Idealfall erfolgt diese Analyse ohnehin, bevor ein Gesetz in Kraft tritt. Allein, die Politik beschränkt sich zurzeit regelmäßig darauf zu versichern, ihre Gesetze hätten

keinerlei Auswirkungen, „die gleichstellungspolitischen Zielen zuwiderlaufen“. Ach, wirklich?

Drei Beispiele: Konjunkturprogramme, Pflegesystem, Steuerrecht

Exemplarisch untersuchen wir hier anhand der Forschungsergebnisse verschiedener Autorinnen drei Themenfelder. Bereits 2010 analysierte die Politikwissenschaftlerin und Genderexpertin Mara Kuhl für die Friedrich-Ebert-Stiftung die Krisenpolitik der Bundesregierung, besonders ihre Konjunkturprogramme (Kuhl, 2010).

Die Politologin Cornelia Heintze fragt in ihrer Studie „Auf der Highroad — der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem“ für die Stiftung, wie der sich in der Krise beschleunigende Strukturwandel in Richtung Dienstleistungsgesellschaft bewältigt werden kann. Erleben wir eine schlichte „Feminisierung der Arbeit“ in den Dienstleistungen — also prekäre Jobs mit Hungerlöhnen auch für Männer — oder versuchen wir, etwa aus den Pflegejobs, „gute Arbeit“ zu machen mit hohen Qualitätsstandards und guten Löhnen? Geht nicht? Geht doch, zeigen die skandinavischen Länder, in denen alte Leute keine Angst vor der Pflegebedürftigkeit haben (Heintze, 2012).

Zum Schluss wirft die Juristin Ulrike Spangenberg einen erweiterten Blick auf unser Steuersystem und fragt, ob sich jenseits des Ehegattensplittings noch weitere Unwuchten zwischen den Geschlechtern verbergen. Sie schlägt Änderungen vor, die etwa das Verarmungsrisiko von Frauen in und nach der Krise senken könnten (Spangenberg, 2011).

Die Konjunkturprogramme: Zugunsten der Männer

„Modern“ — so lautet die Anforderung, die Genderexpertin Mara Kuhl an die deutsche Krisenpolitik stellt. Sollten dereinst weitere Konjunkturprogramme aufgelegt werden, dann hoffe sie sehr, dass nicht wieder die „ollen Kamellen“ kommen, erklärt sie. Olle Kamellen hat Kuhl in den Konjunkturprogrammen von 2008/09 gefunden: Sie stützten und retteten vor allem Männerarbeitsplätze, so Kuhl, und die Frauen gingen weitgehend leer aus. Denn die Programme gingen implizit vom alten Familienernährermodell aus. Der Ernährer muss aus dieser Perspektive befähigt werden, für die ganze Familie Geld zu verdienen — der „Zuverdienst“ der Frauen ist dagegen nicht so wichtig.

Dieser Ansatz aber widerspricht dem grundgesetzlichen Auftrag, die Geschlechter-Segregation auch auf dem Arbeitsmarkt abzubauen. Nimmt man dies und die Entwicklung der Wirtschaft ernst, könnte als ein Ziel formuliert werden, den Dienstleistungssektor zu stärken und die „Frauen-berufe“ aufzuwerten. Die Regierung tat das Gegenteil.

Das begann laut Kuhl schon damit, dass der Lenkungsausschuss des „Wirtschaftsfonds Deutschland“, der während der Krise günstige Kredite verteilte, nur mit Männern aus der verarbeitenden Industrie besetzt wurde — obwohl das Gremienbesetzungsgesetz die Parität von Frauen und Männern vorsieht und auch andere Branchen gern vertreten gewesen wären. Einige andere Konjunkturmaßnahmen, analysiert Kuhl, neigten ebenfalls dazu, Männer zu begünstigen:

Die Abwrackprämie stützte die Automobilindustrie, eine klassisch männliche Branche. Verteilt wurde sie an Autobesitzer_innen. Das sind aber nur 16 Prozent aller Frauen — und 34 Prozent aller Männer. „Man hätte auch neue Fahrräder subventionieren können, das wäre ökologischer und geschlechtergerechter gewesen“, stellt Kuhl fest. Dann wurden Handwerkerleistungen unterstützt — aber nur die rund um die Wohnung, also das klassische Bauhandwerk, und das ist männlich. „Warum nicht Zahnersatz sponsern? Das käme allen gleich zugute“, fragt Kuhl.

Die Kehrseite des konjunkturellen Füllhorns

Auch das Kurzarbeitergeld sei in die Männerbranchen geflossen, 87 Prozent der Kurzarbeiter waren männlich. Denn: 50 Prozent aller Frauen auf dem Arbeitsmarkt arbeiten „atypisch“, in Teilzeit, befristet oder in Minijobs. All diese Arbeitsverhältnisse aber waren von der Kurzarbeit ausgeschlossen. „Warum hat die Regierung nicht Fortbildungen für alle subventioniert?“, kritisiert Kuhl. Die Kehrseite eines konjunkturellen Füllhorns sind immer die darauf folgenden Einsparungen des Staates, symbolisiert in der Schuldenbremse und den unterfinanzierten Kommunen. Die Sparpolitik trifft den öffentlichen Dienst und damit einen Sektor, der normalerweise Mütter entlastet: etwa über Kitas, Ganztagschulen oder die Jugendhilfe. Funktionieren diese Bereiche nicht mehr gut, wissen Mütter ihre Kinder nicht versorgt und schränken ihre Erwerbsarbeit ein.

Kuhl schlägt vor, dass für die nächsten Konjunkturprogramme Qualitätsstandards festgelegt werden: Sie sollten geschlechtergerecht und ökologisch sein. Die zuständigen Gremien müssten quotiert werden: nach Branchen, nach Geschlechtern, nach Ost und West. Die Qualitätsstandards könnten nach Abschluss der Maßnahme überprüft werden. „Aber wenn Politikerinnen und Politiker dieses Konzept nicht aufgreifen, versandet es. Gender Mainstreaming braucht einfach noch mehr Prestige“, resümiert Mara Kuhl.

Die Pflegeberufe: Muss man Frauen schlecht bezahlen?

Warum hat halb Deutschland Angst vor der Pflegebedürftigkeit? Jede_r Zweite gab dies in einer Umfrage an. Antwort: Weil sie glauben, sich gute Pflege nicht leisten zu können. Weil sich die Heimskandale häufen. Weil ambulante Pflege „Minutenpflege“ ist, weit entfernt von dem, was Menschen wirklich brauchen. Weil die eigenen Angehörigen oft mit der Pflege überfordert sind. Und das alles potenziert sich, weil in den nächsten Jahren immer mehr Menschen pflegebedürftig werden — bis 2050 verdoppelt sich die Zahl auf knapp 5 Millionen.

Pflege ist weiblich. 80 Prozent der Pflegenden sind Frauen — ein sogenannter „Care“-Beruf. Und — typisch für Deutschland — ein verarmter Sektor: Zu wenig Geld fließt in die Löhne, in die Qualität, in die Betreuungsleistungen. Denn der deutsche Sozialstaat ist konservativ: Zuerst regelt man das Soziale in der Familie, dann erst kommt der Staat als Notnagel ins Spiel. Cornelia Heintze nennt dieses Modell eine „Teilkasko-Versicherung“: erst die unter- oder unbezahlte Care-Arbeit der Frauen zu Hause, dann die ebenfalls unterbezahlte der Profis. Das „Pflegegeld“ für Angehörige variiert zwischen 235 (Pflegestufe I) und 700 Euro (Pflegestufe III), das für Profis von 450 bis 1550 Euro. Demenzerkrankte Ältere sind im Pflegestufensystem nicht erfasst, haben aber seit 2008 Anspruch auf bis zu 200 Euro — „Pflegestufe Null“, nennen manche das.

Durch die Unterfinanzierung des Systems müssen große Teile der Kosten privat getragen werden. Kein Wunder, dass viele Deutsche die Pflege für unerschwinglich halten. 75 Prozent meinen, sich eine Unterbringung im Heim nicht leisten zu können. Zugleich hält knapp die Hälfte der Menschen hierzulande die Qualität der Pflege für schlecht. Und bleibt deshalb auf die Familienpflege angewiesen. Die wiederum macht die Pflegenden unglücklich: Sie werden etwa dreimal so oft depressiv wie Nichtpflegende. Das alles mündet in weitere trostlose Zahlen: In Deutschland haben Frauen über 65 im Durchschnitt nur noch 6,5 gesunde Jahre vor sich, bevor sie in das Pflegesystem eintreten. Zum Vergleich: In Schweden sind es 14 Jahre.

Der Staat in der Pflicht

Zukünftig stehen immer weniger Pflegenden immer mehr Hilfsbedürftigen gegenüber. Diese Entwicklung kann nicht in der Familie aufgefangen werden, der Staat muss mit ran. Vorbild könnten laut Heintze die skandinavischen Länder sein. Der fundamentale Unterschied zu Deutschland: In Skandinavien sieht sich hier primär der Staat in der Pflicht, nicht die Familie. Und der Staat versucht nicht, möglichst wenig Geld auszugeben, sondern richtet sich nach dem Bedarf. Das zeigen die Zahlen: Während in Deutschland nur 14 Prozent der über 75-Jährigen Pflegeleistungen beziehen, sind es in Dänemark zwei Drittel.

Deutschland gab im Jahr 2010 pro Rentner_in (ab 65) 1.209 Euro aus, Dänemark dagegen 6.357 Euro. Den höheren Ausgaben entsprechen auch höhere Löhne in der Altenpflege. In Skandinavien wurde die Ausbildung schrittweise professionalisiert. Vollzeitarbeit für einen angemessenen Lohn ist die Regel. In Deutschland dagegen gehört der Care-Bereich zum Niedriglohnssektor, in dem sich viele Privatanbieter drängen, die keine Tariflöhne zahlen und schlecht dotierte Teilzeitjobs anbieten.

Die Autorin schlussfolgert: „Während der skandinavische Weg auf der „High Road“ verläuft, hat die deutsche Politik die Weichen so gestellt, dass die Pflegebranche in den Niedriglohnbereich abgedrängt wurde“: die „Low Road“. Die High Road, das

sind die positiven Wechselbeziehungen zwischen guten Arbeitsbedingungen, guter Arbeitsqualität und gutem Lohn. In Deutschland ist das Gegenteil der Fall.

Heintze deutet die Ursachen an: „Ein problematisches Verständnis von Produktivität hat daran ebenso Anteil wie die Geringschätzung von Tätigkeiten, die abseits dessen liegen, worüber sich die exportorientierte deutsche Wirtschaft definiert.“ Maschinenbau ist wichtiger als Pflege. Industrie ist wichtiger als Dienstleistung. Und das bedeutet auch: Männerjobs sind wichtiger als Frauenjobs. Cornelia Heintze zeigt: Es geht auch anders.

Das Steuerrecht: Die gefesselte Hausfrau

Muss man noch über das Ehegattensplitting reden? Allzu bekannt ist sein Anreiz, eine Person einer Ehe möglichst wenig erwerbstätig sein zu lassen, Steuervorteile in der Größenordnung eines (keineswegs billigen) Jahresurlaubs sind drin. Dass die gering verdienende Ehefrau bei einer Scheidung, bei Arbeitslosigkeit oder dem Tod ihres Mannes dann kaum mehr Spielraum hat, sich zu finanzieren — wissen wir. Dass das neue Unterhaltsrecht in völligem Gegensatz dazu auf die volle Erwerbstätigkeit einer geschiedenen Frau setzt — oft und viel beklagt. Was aber ist mit den anderen Steuergesetzen, den Ermäßigungen, den Förderungen, den Freibeträgen? Gibt es vielleicht weitere Anreize, unbezahlt zu Hause zu arbeiten?

Ulrike Spangenberg ist fündig geworden. Seit 2002 gibt es neben den Kinderfreibeträgen auch noch einen Betreuungsfreibetrag für Kinder. Bei einer erwerbstätigen Mutter wird der durch die Kitakosten sofort wieder verschlungen — sie kann die Kita zwar absetzen, aber nicht vollständig. Die daheim betreuende Ehefrau dagegen kann diesen Freibetrag als ihren „Lohn“ fürs Zuhausebleiben einstreichen. Dummerweise folgt aus jedem Versuch, die versorgenden Tätigkeiten der Mütter irgendwie zu honorieren (so ehrenwert das gedacht sein mag), dass das Zuhausebleiben der Ehefrau gefördert wird. Mit den bekannten Konsequenzen. Das Betreuungsgeld lässt grüßen.

Auch die Einordnung vieler Ehefrauen in die Lohnsteuerklasse V birgt einige Risiken: Während der Ehemann in Steuerklasse III sämtliche Vergünstigungen mitnimmt, werden bei dem „Zusatzverdienst“ der Ehefrau besonders hohe Steuern fällig; ihr Nettolohn fällt dadurch extrem niedrig aus. Das könnte einem Paar egal sein, weil beide von der günstigen Steuerklasse des Mannes profitieren. Doch zum einen ist der Anreiz, erwerbstätig zu werden, für Frauen damit geringer. Und zum anderen berechnen sich Lohnersatzleistungen wie Kranken-, Eltern- oder Arbeitslosengeld nach dem Nettolohn — spätestens hier sitzen die Ehefrauen in der Falle der Klasse V. Spangenberg plädiert für das seit 2010 mögliche „Faktorverfahren“: Beide Partner werden einzeln veranlagt und der Splittingvorteil wird als Faktor mitberechnet. Das Problem: Der Ehemann muss dann höhere Steuern zahlen. Und wer will das schon? Geschlechterunterschiede werden ebenfalls deutlich, wenn man das ganze Steuersystem in den Blick nimmt. Es gibt die Konsumsteuern, die Einkommenssteuern, die Vermögenssteuern. Aber während die Konsumsteuern alle zahlen und die Einkommenssteuer progressiv bis zu 45 Prozent ansteigt, sind die Vermögen weitgehend steuerfrei und Kapitaleinkünfte mit 25 Prozent niedrig taxiert. Reiche Erbinnen sind zwar fester Bestandteil des Jetsets — doch im Durchschnitt haben Männer knapp 30.000 Euro mehr auf der Kante als Frauen. Eine Vermögenssteuer, so Spangenberg, könnte also nicht nur soziale, sondern auch geschlechtsbezogene Ungleichheiten mindern.

Die Vergünstigungen — gerecht verteilt?

An wen die Politik denkt, wenn sie Steuervergünstigungen wie etwa eine steuerfreie betriebliche Altersvorsorge gewährt, ist leicht zu erraten: In den frauendominierten Branchen im Einzelhandel oder in den Pflegeberufen wird eine solche Vorsorge nämlich selten angeboten. Und sogar die Riesterreente, die wegen der staatlichen Zulage als besonders geeignet für Geringverdiener_innen gilt, hat einen Haken. Man kann sie als Sonderausgabe steuerlich geltend machen. Und je höher die Prämie, desto höher ist die Steuerersparnis. Zudem wird sie von der Bemessungsgrundlage abgezogen, wodurch Reiche in der Steuerprogression „nach unten rutschen“, also mehr Steuern sparen. Und tatsächlich zeigt die Verteilung der Riesterverträge: Frauen finden sich überwiegend in den unteren Einkommensklassen, Männer in den mittleren und oberen. So profitieren die am meisten, die die Riesterreente am wenigsten brauchen.

Aber ist das Problem nicht bei allem, was man von der Steuer absetzen kann, ähnlich? Dieses Phänomen, der sogenannte „Reflex der Progression“, kann vermieden werden. Spangenberg schlägt Alternativen vor: Die Riesterreente hätte zum Beispiel mit einer pauschalen Fördersumme versehen werden können, die allen gleichermaßen zukäme. Auch würde ein Abzug von der Steuerschuld statt von der Bemessungsgrundlage den „Reflex“ verhindern.

Der Staat hat sich in Artikel 3,2 des Grundgesetzes zur aktiven Gleichstellungspolitik verpflichtet. Bislang aber stellt er — wie Ulrike Spangenberg noch einmal deutlich macht — nicht mal die Daten zur Verfügung, anhand derer man Auswirkungen auf die Chancengleichheit erkennen könnte.

In allen drei Bereichen, der Konjunkturpolitik, dem Umgang mit „verarmten“ Frauenjobs und der Steuerpolitik, geht der Staat weiterhin vom Modell „Ernährer + Zuverdienerin“ aus. Diesem Modell hat er im Grundgesetz jedoch eine Absage erteilt — es geht dort um Gleichstellung. Das hat die Politik offenbar immer noch nicht begriffen. Dabei könnte die Krise als Chance genutzt werden: Man müsste nur die Scheuklappen ablegen, hinter denen immer nur der Vater als Ernährer gesehen wird. Beide Eltern ernähren die Familie, also müssen auch Frauenjobs gestützt werden, etwa bei neuen Konjunkturpaketen. Man kann solche Jobs sinnvoll zu guter Arbeit ausbauen, wie das Beispiel in Skandinavien zeigt. Und im Steuerrecht lässt sich so manche soziale Unwucht, auch die zwischen den Geschlechtern, ausgleichen. Man muss es nur wollen.

Zum Weiterlesen:

KUHL, MARA 2010. Wem werden Konjunkturprogramme gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II. Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Diskurs Mai 2010, online: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07230.pdf>

HEINTZE, CORNELIA 2012. Auf der Highroad — der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem. Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Diskurs Juli 2012, online: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09243-20120730.pdf>

SPANGENBERG, ULRIKE 2011. Geschlechtergerechtigkeit im Steuerrecht?! Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Diskurs November 2011, online: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08575-20111109.pdf>

Ansprechpartnerinnen für Gender/Wirtschaft in der Friedrich-Ebert-Stiftung:
CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de> und
SUSAN JAVAD <Susan.Javad@fes.de>



Das Konzept der Green Economy springt zu kurz — Foto: Reuters

„OCCUPY FUTURE“ — IST NACHHALTIGKEIT DIE LÖSUNG FÜR DIE GESCHLECHTERFRAGE?

„Die Zukunft, die wir wollen“ — so lautete das ambitionierte Motto des diesjährigen Rio+20-Gipfels. Mitten in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise lagen große Hoffnungen auf diesem internationalen Treffen zum Thema Nachhaltigkeit.

Der dominante Finanzkapitalismus der letzten Jahrzehnte hat die Industrieländer an den Rand des Ruins gebracht und die Weltöffentlichkeit sucht nach Alternativen. Der Gipfel schien dafür die ideale Plattform zu sein.

Doch es kam anders. Am Ende waren viele Teilnehmende und insbesondere Vertreter_innen der internationalen Frauenbewegung ernüchtert. 1992, beim Vorgängergipfel in Rio, war es gelungen, die soziale, ökologische und ökonomische Dimension erstmals zu verbinden. Die Geschlechterdimension wurde konsequent mitgedacht und damit ein zentrales Anliegen der internationalen Frauenbewegung umgesetzt. Der Gipfel 2012 blieb dagegen weit hinter den Erwartungen zurück.

Grüner = gerechter?

Im Mittelpunkt des Gipfels stand diesmal das Konzept der „Green Economy“. Laut Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) handelt es sich dabei um eine Wirtschaftsweise, „die menschliches Wohlbefinden steigert und zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt, während sie gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheit erheblich verringert“. Das Konzept geht jedoch aus Sicht vieler Feministinnen — wie auch anderer zivilgesellschaftlicher Gruppierungen — an dem eigentlichen Problem vorbei: So stellt beispielsweise die Soziologin Christa Wichterich die Frage nach Umverteilung — zwischen Männern und Frau-

en, dem globalen Norden und Süden, zwischen Reich und Arm. Die „Green Economy“ suggeriert dagegen, dass Umverteilung gar nicht nötig ist. Schließlich könnten ja alle — besonders die Umwelt — vom grünen Wachstum profitieren.

Was genau kritisieren Feministinnen an diesem Konzept?

Hauptvorwurf ist, es handle sich dabei lediglich um eine „Begrünung durch die Macht des Marktes“. Die Folge sei die Reproduktion ungerechter Strukturen im Hinblick auf die globalen Austausch- und Machtverhältnisse — zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wie auch innerhalb von Gesellschaften, besonders zwischen Frauen und Männern. Das Beispiel Arbeitsmarkt illustriert die Kritik: Die meisten „grünen Jobs“ entstehen in Bereichen wie dem Baugewerbe, der Technologiebranche oder der Plantagenwirtschaft. Frauen sind hier (bisher) faktisch unterrepräsentiert. Diese Bereiche zu stärken bedeutet bei genauerer Betrachtung also eine Stärkung von „Männerjobs“. Damit wird die ökonomische Ungleichheit von Männern und Frauen innerhalb einer Gesellschaft jedoch zunächst verstärkt.

Unberücksichtigt bleibt beim Konzept der „Green Economy“ auch die ungleiche Verteilung zwischen unentgeltlicher Sorge- und bezahlter Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern. Allein die „Begrünung“ des Kapitalismus ändert an diesem strukturellen Problem gar nichts. Übertragen wird lediglich die Logik des Marktes auf die Klimapolitik, wodurch die Natur kommerzia-

lisiert und merkantilisiert wird. Marktbasierte klimapolitische Lösungsansätze wie Emissionshandel oder Geo-Engineering entsprechen dieser Logik.

Entgegen der Marktlogik

Dieser undifferenzierten, genderblinden Betrachtungsweise stellen Feministinnen „ihren“ Zukunftsentwurf entgegen. „Sustainable livelihoods“ ist das Stichwort — das bereits 1992 beim Gipfel von Rio auf der Agenda stand —, inspiriert unter anderem vom Öko-Feminismus, der Parallelen erarbeitet hat zwischen der Ausbeutung der Natur durch den Menschen und der patriarchalen Dominanz des Mannes über die Frau. Gemeint ist damit eine Lebensweise, in der Menschen mit unterschiedlichen Ressourcen ausgestattet sind — materiellen, persönlichen und sozialen —, die sie mit ihrem natürlichen und sozialen Lebensumfeld in Einklang leben lassen. Die Wachstumslogik kapitalistischer Wirtschaftsformen war und ist diesem Konzept weitgehend fremd. „Occupy Future“ — so hat Christa Wichterich die feministische Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte auf eine eingängige Formel gebracht¹. Sie gibt damit eine utopisch anmutende Losung für die Suche nach alternativen, ökologischen, sozialen und geschlechtergerechten Entwicklungsmodellen aus.

Revolution oder Reform?

Welche konkreten geschlechtersensiblen Konzepte leiten Feministinnen aus ihrer Wachstumskritik nun ab? Einerseits gibt es die Befürworterinnen eines radikalen Systemwechsels. Ihre Vision ist eine reine Versorgungswirtschaft, die sich auf ein integriertes System aller materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen zur Existenzsicherung stützt — im Einklang mit der Natur. Parallelen gibt es hier zu dem südamerikanischen, von den Vorstellungen der indigenen Bevölkerungsgruppen inspirierten, „buen vivir“-Konzept. Dabei geht es vor allem um regionale und lokale Kreislaufökonomien, nicht mehr, sondern weniger Konsum, um kollektive Zugangsrechte für die Nutzung von Ressourcen und den Erhalt von Gemeingütern. Eine pragmatischere Version dieses Ansatzes will zunächst vor allem die bestehenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten stärker ins Bewusstsein rücken und über politische und rechtliche Maßnahmen zu mehr Geschlechtergleichheit gelangen. Als Instrumente und Strategien dienen Gendermainstreaming, Genderbudgets und geschlechterbezogenes Monitoring sowie Evaluierungen von Projekten im Klima- und Umweltbereich. So fordern Frauenorganisationen beispielsweise gendersensible Kriterien für Emissionsreduktionen und entsprechende Budgets für Anpassungsprozesse. Hierbei sollen im Rahmen vorhandener klimapolitischer Mechanismen und Projekte die größtmöglichen Verbesserungen für Frauen erzielt werden, um dem Prinzip der Geschlechtergleichheit näher zu kommen. Die Marktförmigkeit der Mechanismen wird dabei nicht prinzipiell infrage gestellt. „Die Zukunft, die wir wollen“ lässt sich aus feministischer Sicht daher auf zwei Schlagworte konzentrieren: „Umverteilung“, aber vor allem „Wertewandel“. Das Ziel ist eine Gesellschaft, die allen gerecht wird: Frauen wie Männern — und den Menschen, die sich jenseits dieser Kategorien verorten — genauso wie materiellen und immateriellen Bedürfnissen. Theoretisch unterfüttert wird diese Forderung

von einem holistischen Menschenrechtsansatz, wie er beispielsweise in der Gerechtigkeitstheorie von Amartya Sen oder in dem Befähigungsansatz von Martha Nussbaum formuliert wird.

„Die Zukunft, die wir wollen“

In der internationalen Diskussion um die Weiterentwicklung bzw. Neuausrichtung der Millennium Development Goals (MDGs) gilt es für die Frauenbewegung, sich für diesen Zukunftsentwurf stark zu machen. Dabei muss die Erarbeitung gendersensibler Sustainable Development Goals, also Nachhaltiger Entwicklungsziele, im Zentrum stehen. Wie diese aussehen könnten, lässt sich etwa in der Publikation „No Future Without Justice“ nachlesen (Civil Society Reflection Group, 2012). Doch auch auf nationaler Ebene sind Feministinnen gefragt: In Deutschland arbeitet seit 2011 eine Enquetekommission des Bundestages an der Frage, wie Wohlstand künftig zu messen sei und welche Rolle dem Wachstum dabei zukommen solle. Auch die Geschlechterdimension soll dabei berücksichtigt werden. Dieses Vorhaben unterstützt die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrer Veranstaltungsreihe im Rahmen des Fortschrittsforums (<http://www.fortschrittsforum.de>). Deutlich wird: Die Zukunft gehört der Verschränkung von Geschlechtergerechtigkeit, Nachhaltigkeit und ökonomischem wie gesellschaftlichem Fortschritt. Wachstum allein wird sie uns nicht bringen — „Die Zukunft, die wir wollen“!

Zum Weiterlesen:

No future without Justice: Report of the Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives, Executive Summary 2012. Friedrich-Ebert-Stiftung, International Policy Analysis June 2012, online: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09144.pdf>
 GUERRERO M, NARET; STOCK, ANKE 2012. La economía verde desde una perspectiva de género. Friedrich-Ebert-Stiftung, Policy Paper 19 April 2012, online: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/quito/09064.pdf>

FES-Ansprechpartnerin für Gender und Nachhaltigkeit auf internationaler Ebene: DR. CÄCILIE SCHILDBERG
 <Caecilie.Schildberg@fes.de>

[1] Christa Wichterich: Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive, Band 21 der Schriftenreihe Ökologie (Heinrich-Böll-Stiftung)



Ägypter_innen gemeinsam für Freiheit: Doch wie geht es nun weiter? — Foto: Reuters

„UNSER KAMPF FÜR DIE FRAUENRECHTE GEHT WEITER“

Während der Massenproteste des Arabischen Frühlings kämpften Frauen und Männer Seite an Seite für eine bessere Zukunft. Was zunächst auf eine Gleichberechtigung der Geschlechter in der neuen arabischen Welt hoffen ließ, entpuppte sich bald als Bedrohung für die bisher errungenen Frauenrechte.

In Ägypten und Tunesien kamen islamistische Parteien an die Macht und auch in anderen arabischen Ländern ist der politische Islam auf dem Vormarsch. Was bedeutet dessen konservatives Frauenbild für die Zukunft der Araberinnen? Wie können diese den Trend zum Islamismus umkehren?

Über diese Fragen diskutierten mehr als 50 Frauenrechtler_innen sowie Medienvertreter_innen aus der gesamten Region auf der FES-Konferenz „Der Arabische Frühling und die Frauen: Perspektiven für die Zukunft“ im Oktober 2012 in Kairo. Darunter war auch die renommierte ägyptische Frauenrechtsaktivistin Farida Nakkash. Die Vorsitzende des Women Development Forum, einem Netzwerk von ägyptischen Frauen-NGOs, ist zudem Chefredakteurin der etablierten linken Zeitschrift „al-Ahali“. Seit Jahrzehnten macht sie sich für Themen wie soziale Gerechtigkeit und Frauenrechte stark. Für ihr Engagement saß sie zu Beginn der achtziger Jahre bereits zwei Jahre im Gefängnis. Dass die Islamisten derzeit solch große Zustimmung erhalten, sieht sie als Gefahr. Ihren Optimismus will sie sich trotzdem nicht nehmen lassen, sagt sie im Interview — schließlich seien die arabischen Zivilgesellschaften stark und die Menschenrechte ihr eigenes kulturelles Erbe.

FES: Mit den Muslimbrüdern ist in Ägypten nun eine islamistische Partei an der Macht. Kann man überhaupt von einem Arabischen Frühling für Frauen sprechen?

Farida Nakkash: Leider nicht. Mit dem zunehmenden Einfluss der Islamisten schwinden die Rechte der Frauen sogar. Sie sehen in uns keine Bürger, sondern reine Sexualobjekte. Angeblich bedrohen Frauen mit ihren Reizen permanent die öffentliche Moral. Das ungeschriebene Gesetz, dass wir uns verschleiern müssen, um in den Männern keine Lüste zu wecken und um so die gesellschaftliche Ordnung zu wahren, gilt schon lange. Seit den Wahlgewinnen der Muslimbrüder ist es aber spürbar stärker geworden. Das Schlimme ist, dass selbst die Anhängerinnen des politischen Islam gegen uns und unsere Anliegen kämpfen. Das machen sie, indem sie die Frauenrechte, für die wir seit zwei Jahrhunderten kämpfen, verkürzt als die „Gesetze von Suzanne Mubarak“ denunzieren.

FES: Die ehemalige Präsidentengattin, Suzanne Mubarak, hatte sich für die Stärkung der Frauenrechte eingesetzt und unter anderem ein modernes Scheidungsrecht durchgesetzt. Die Verbindung zu Suzanne Mubarak wird den Frauenaktivist_innen heute als Kollaboration mit dem alten autoritären Regime vorgeworfen und als Verrat an der ägyptischen Bevölkerung bezeichnet. Hilft es dem Kampf für Frauenrechte dann überhaupt, wenn islamistische Frauen im Parlament sitzen?

Nakkash: Nein, ganz im Gegenteil. Die politischen Forderungen von Islamistinnen sind in der Regel von deren patriarchalischem Gesellschaftsbild geprägt. Sie kämpfen gegen unsere Forderungen

nach Gleichberechtigung der Geschlechter. Es gibt in der Frauenbewegung also eine Kluft zwischen den Frauen, die sich ideologisch an den Menschenrechten orientieren, und jenen Frauen, die die Scharia zum Maßstab erheben.

FES: „Der Koran ist unsere Verfassung, die Scharia ist unser Gesetz“, riefen die Anhänger_innen des neuen ägyptischen Präsidenten Mursi im Wahlkampf. Welche Auswirkungen hat das auf das Leben der Ägypterinnen?

Nakkash: Islamisten wollen alle Lebensbereiche nach den Vorschriften der Scharia regeln. Diese Regeln sind jedoch Auslegungssache und ihre Interpretation unterliegt oft den traditionellen Zwängen einer Gesellschaft. Anders als in Ägypten ist zum Beispiel in Tunesien die Frau dem Mann rechtlich gleichgestellt. Die Grundlage hierfür ist eine moderate Lesart der Scharia.

FES: Wie stark sind die beiden Gruppen, islamistische Frauen und säkulare Frauen, im Vergleich?

Nakkash: Wir säkulare Frauen stellen leider nur eine kleine Elite dar, die wenig in die Gesellschaft hineinwirkt. Der politische Islam hingegen ist tief in der Gesellschaft verwurzelt und insbesondere unter den Armen, also in den Slums der Großstädte und im ländlichen Raum, vertreten. Die islamistischen Kräfte werden von den Golfstaaten finanziert und können mithilfe ihrer Sozialpropaganda weitaus mehr Menschen erreichen.

FES: Bedeutet das, dass die säkularen Frauenbewegungen keine Chance haben, gehört zu werden?

Nakkash: Nein, die Zivilgesellschaft ist stark genug, um sich Gehör zu verschaffen. Der Arabische Frühling hat uns etwas Wichtiges gebracht: Wir, die Bürger_innen der arabischen Welt, haben keine Angst mehr, uns gegen Missstände zu wehren. Deshalb wird unser Kampf für die Stärkung der Frauenrechte auch weitergehen — in der Gesellschaft ebenso wie in der Politik.

FES: Denken Sie dabei auch an Libyen, wo sich die Bevölkerung erfolgreich gegen die Bildung einer islamistischen Regierung gewehrt hat?

Nakkash: Genau. Der ehemalige libysche Ministerpräsident Mustafa Abu Schagur ist ein Anhänger des politischen Islam. Er wollte seine Position ausnutzen und politische Freunde, allesamt radikale Salafisten, an der neuen Regierung beteiligen. Doch das liberale Parlament weigerte sich, diesem Kabinett sein Vertrauen auszusprechen, und zwang Schagur, sein Amt als Regierungschef niederzulegen. Das zeigt, dass in Libyen die liberalen Kräfte sehr stark sind. Dort sitzen übrigens auch 33 Frauen im Parlament.

FES: Haben Islamistinnen ein frauenpolitisches Programm?

Nakkash: Ihnen geht es vor allem um das Thema Identität. Zentral ist für sie die Bewahrung ihrer traditionellen Rolle, die sie als elementaren Bestandteil ihres Selbstbildes werten. Sie propagieren: Wir sind Musliminnen, wir müssen verschleiert sein und zu

Hause unsere Kinder großziehen. Sie empfinden dieses Weltbild auch als Lösung für viele Probleme, zum Beispiel, um die hohe Arbeitslosigkeit in der arabischen Welt zu bekämpfen. Das ist aber unter anderem hier in Ägypten nicht realistisch: 30 Prozent aller Familien sind allein von einer weiblichen Ernährerin abhängig.

FES: Warum geben islamistische Frauen freiwillig ihr Recht auf Gleichheit mit Männern auf? Welchen Nutzen ziehen sie daraus?

Nakkash: Sie glauben nicht an eine Gleichheit zwischen Mann und Frau, sondern sind der festen Überzeugung, dass die Frau den Mann ergänzen soll. In Tunesien gibt es gegenwärtig heftige Diskussionen darüber, wie der Status der Frau in der neuen Verfassung beschrieben werden soll: dem Manne gleich oder ihm komplementär. Islamisten favorisieren natürlich eine Rolle der Frau in der Familie, die die des Mannes, der in der Öffentlichkeit auftritt, ergänzt. Und auch Islamistinnen empfinden das Heim als ihren natürlichen Aufenthaltsort. Sie glauben, dass sie davon profitieren, wenn sie sich nicht selbst versorgen müssen. Ich bezeichne dies als „freiwillige Selbstunterdrückung“.

FES: Und welche Ziele stehen auf der politischen Agenda säkularer Frauenaktivistinnen?

Nakkash: Zunächst müssen wir die grundlegenden Probleme in den arabischen Staaten angehen, indem wir Armut und Analphabetismus bekämpfen. Außerdem muss das Familienrecht in allen Staaten überarbeitet werden, um die Rechte der Frau besser zu schützen.

FES: Die Türkei unter Ministerpräsident Erdogan und seiner Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt wird von den jungen islamistischen Regierungen oft als positives Beispiel für ihre Vision von einem islamisch geprägten Staat genannt. Aber beobachten wir in der Türkei nicht eine schleichende Islamisierung, die auch ein Risiko für die weitere Entwicklung der Frauenrechte darstellt?

Nakkash: Der Säkularismus hat in der Türkei eine lange Tradition, er ist Atatürks Erbe. Selbst Erdogan nennt sich einen „säkularen Islamisten“. Gleichzeitig gibt es eine starke Frauenbewegung. Die Türcinnen brauchen nicht um ihre Rechte zu fürchten.

FES: Wenn Europa die Frauen in der arabischen Welt unterstützen will — was wäre ein guter Ansatz?

Nakkash: Sie sollten sich nicht so einfach mit den Islamisten arrangieren. Muslimbrüder und Salafisten müssen als das gesehen werden, was sie sind: Konterrevolutionäre der zivilen Revolutionen des Arabischen Frühlings. Europa sollte stattdessen die liberalen Kräfte in den arabischen Gesellschaften ermutigen und sie dabei unterstützen weiterzukämpfen.

FES: Sollte die internationale Gemeinschaft denn keine islamistischen Frauen in ihren Dialog mit der islamischen Welt einbeziehen? War die Vergabe des Nobelpreises im Jahre 2011 an die Islamistin Tawakkul Karman aus dem Jemen ein Fehler?

Nakkash: Tawakkul Karman gehört zu den moderaten Islamistinnen. Dieser Strömung sollte der Westen nicht vor den Kopf stoßen, sondern eine Zusammenarbeit wagen. Er zwingt sie so zu einer Entscheidung zwischen Liberalismus und Fundamentalismus. Grundsätzlich finde ich es natürlich vernünftiger, säkulare Bewegungen zu unterstützen.

FES: Welche Rolle können die universellen Menschenrechte im Kampf für die Frauenrechte spielen?

Nakkash: Sowohl die internationale Staatengemeinschaft als auch die Islamisten stellen die Menschenrechte oft als westliches Erbe dar. Nur wenige wissen, dass auch Araber_innen, Muslime wie Christen, an ihrer Konzeption mitgearbeitet haben. Das heißt: Die Menschenrechte sind ein natürlicher Teil unseres Erbes und deshalb auch ein unumstößlicher Bestandteil unseres Kampfes für die Frauenrechte.

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Mittlerer Osten und Nordafrika der Friedrich-Ebert-Stiftung: DR. BEYHAN ŞENTÜRK <Beyhan.Sentuerk@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ägypten: SEIJA STURIES <Seija.Sturies@fes.org.eg>



Gunn Karin Gjøl, Vorsitzende des Familien- und Kulturausschusses des norwegischen Parlaments bei der Veranstaltung der FES Brüssel zum Thema Frauenquote in der Wirtschaft — Foto: FES

DAS PROJEKT „FRAUENQUOTE IN DER WIRTSCHAFT“

Wirtschaft und Politik sind sich einig: Der Frauenanteil in Führungspositionen in der Wirtschaft sollte erhöht werden. Dennoch gibt es nur sehr langsame Fortschritte.

Die Zahl der Frauen in europäischen Aufsichtsratsetagen steigt lediglich um einen halben Prozentpunkt pro Jahr, so eine Analyse der Europäischen Frauenlobby (EWL). Die EWL geht davon aus, dass es bei der aktuellen Geschwindigkeit noch weitere 50 Jahre dauern wird, bis Frauen zu mindestens 40 Prozent in Aufsichtsräten vertreten sind.

Nicht nur hierzulande wird heftig über eine Quote für Führungsgremien börsennotierter Unternehmen gestritten. Auf europäischer Ebene macht sich sogar die Justizkommissarin, Viviane Reding, dafür stark. Mit diesem Vorstoß trifft sie jedoch in vielen EU-Mitgliedsländern auf Skepsis, teils sogar auf offene Ablehnung. Auch Deutschland ist bekanntlich kein Vorreiter bei diesem Thema.

Gutes Beispiel: Norwegen

Dabei gibt es durchaus gute Beispiele, die zeigen, dass die Umsetzung der Quote möglich ist und auch aus wirtschaftlicher Sicht insgesamt mehr Vor- als Nachteile bringt. Norwegen ist eines davon. Dort führte die Regierung bereits 2003 eine Frauenquote von 40 Prozent für Aufsichtsräte öffentlicher und kommunaler Unternehmen ein. 2009 wurde dieses Ziel erreicht. Der Frauenanteil in Aufsichtsräten stieg von 2002 bis 2009 um 34 Prozent. Die ursprünglichen Befürchtungen seitens der Unternehmen, die Quote könne sich negativ für sie auswirken, haben sich nach der Einführung als völlig überflüssig erwiesen.

Ganz im Gegenteil: Untersuchungen zeigen, dass Unternehmen, die Geschlechtergerechtigkeit ernst nehmen, wirtschaftlich erfolgreicher sind. Doch eine Quote allein wird es nicht

richten, erklärte Gunn Karin Gjøl, Vorsitzende des Familien- und Kulturausschusses des norwegischen Parlaments, bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel im Februar dieses Jahres. Die Umsetzung der Frauenquote in Aufsichtsräten reiht sich in Norwegen in eine Politik ein, die Gleichstellung schon seit vielen Jahren und in allen Lebensbereichen als Ziel hat.

Eine gute öffentliche Infrastruktur, besonders für die Kinderbetreuung, aber auch die frühe Einführung der Vätermonate beim Elterngeld sind Grundpfeiler dieser Politik. Gesamtgesellschaftlich profitieren alle davon: Männer wie auch Frauen können Familie und Beruf vereinbaren. Das wirkt sich wiederum erfreulich auf die Geburtenrate aus: Mit statistischen 1,95 Kindern pro Frau liegt Norwegen im europäischen Vergleich weit vorn. In Deutschland bringt eine Frau — statistisch gesehen — im Schnitt 1,39 Kinder zur Welt.

Constanze Krehl und Evelyn Regner, Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, zeigten sich bei der Diskussion — in enger Zusammenarbeit mit der Europaabgeordneten Kerstin Westphal organisiert — von den Ausführungen Gjøls beeindruckt. Damit stehen sie stellvertretend für das gesamte Europäische Parlament, das die Einführung einer Quote durch ein europäisches Gesetzgebungsverfahren fraktionsübergreifend unterstützt.

Kritische Stimmen

Unterstützung vom Parlament und von der Kommissarin selbst — gute Voraussetzungen also für das Projekt „Frauenquote“? Nicht unbedingt: Auch wenn Kommissarin Reding nach Anlaufschwierigkeiten mittlerweile ihre Kolleg_innen in der Kommission

überzeugen konnte, einem Gesetzesentwurf zuzustimmen, könnte das Vorhaben am Ende doch am EU-Ministerrat scheitern. Mehrere Mitgliedsstaaten lehnen die Quote weiterhin ab. Deutschland will an seinem „Flexi-Quoten-Modell“ festhalten. Auch die Europäische Frauenlobby äußert sich kritisch: Frauen blieben weiter von Entscheidungsgremien in Unternehmen überwiegend ausgeschlossen, die vorgeschlagene Quote gehe nicht weit genug, sie müsse auch die Vorstände der Unternehmen mit einschließen. Das Ringen um die Frauenquote für große Unternehmen geht damit dann wohl in die nächste Runde.

Zum Weiterlesen:

STORVIK, AAGGOTH; TEIGEN, MARI 2010. Das norwegische Experiment — Eine Frauenquote für Aufsichtsräte. Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse Juni 2010, online: <http://www.norwegen.no/Global/SiteFolders/webber/Das%20norwegische%20Experiment.pdf>

SCHIMETA, JULIA 2012. Einsam an der Spitze: Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Sektor. Friedrich-Ebert-Stiftung: Forum Politik und Gesellschaft. Berlin 2012, online: http://www.fes.de/forumpug/inhalt/documents/Expertise_Internet_.pdf

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Westeuropa/Nordamerika:
SUSANNE STOLLREITER <Susanne.Stollreiter@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel:
FRIEDERIKE KAMM <Friederike.Kamm@fes.de>



Den Rollback aufhalten, ansonsten drohen Rückschritte — Foto: Fotolia

DEN ROLLBACK AUFHALTEN

Feminismus? Wer braucht den heute noch?

Ist im Geschlechterkampf nicht längst alles erreicht?

Diese Meinung ist immer wieder zu hören und zu lesen. Die eigentlich für Frauenrechte zuständige Ministerin, Kristina Schröder, gibt bei diesem Thema den Ton an: „Danke, emanzipiert sind wir selber“, betitelte sie kürzlich ihr Buch und persönliches Glaubensbekenntnis in Sachen Feminismus.

Dass sie sich die Sache viel zu einfach macht, wurde im Juli 2012 bei der Veranstaltung „Feindbild Feminismus — Geschlechterkampf von rechts“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Baden-Württemberg deutlich. Im „Ländle“ und darüber hinaus läuft aus Gleichstellungsperspektive noch einiges schief: Der durchschnittliche Verdienst von Frauen liegt auch heute noch bundesweit 23 Prozent unter dem von Männern. Sogar 28 Prozent beträgt der sogenannte Gender Pay Gap in Baden-Württemberg, unterstrich Katrin Altpeter, Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren bei der Eröffnung der Veranstaltung in Waiblingen.

Geld, Macht, Erwerbs- und Sorgearbeit sind noch längst nicht gleich verteilt zwischen den Geschlechtern. Die gesellschaftspolitischen Strukturen, die eine gerechte Verteilung ermöglichen könnten, fehlen noch immer in vielen Bereichen. „Flächendeckende Kita-Versorgung“ ist dabei nur ein Beispiel unter vielen, wie Barbara Stiegler, ehemalige Leiterin des Arbeitsbereichs Frauen- und Geschlechterforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, in der Diskussion erläuterte.

Die Agenda der Männerrechtler

Gleichzeitig organisiert sich zunehmend eine, teils dezidiert antifeministische, Männerrechtsbewegung. Besonders umtriebig ist sie im Internet. Thomas Gesterkamp, Autor der Studie „Geschlechterkampf von rechts“ (Gesterkamp, 2010), gab einen Einblick in die Akteursstruktur dieser selbst ernannten Männerrechtler. Nicht alle können in denselben Topf geworfen werden: Es gebe durchaus dialogbereite Gruppen, die konstruktive Beiträge zu gesellschaftlichen Problemen erarbeiten wollten — etwa zu der Frage, warum immer mehr Jungen zu Bildungsverlierern werden.

Viele der radikalen Antifeministen in dieser „Männerrechtsbewegung“ sind frustrierte Männer und Väter, die nicht davor zurückschrecken, die (eigentlich) anonymen Adressen von Frauen-

häusern zu publizieren und sogar zu Kindesentführungen aufzurufen. Ihre persönlich erlebte Frustration motiviert sie zum Engagement. Die Rechte und die Emanzipation der Frauen erleben sie als Bedrohung und Verlust ihrer männlichen „Überlegenheit“, die sie als quasi naturgegeben ansehen.

Immer wieder ergeben sich dabei ungute Allianzen zwischen diesen radikalen „Männerrechtlern“ und konservativ geprägten Mainstream-Medien, die ein rückschrittliches Familien- und Geschlechterbild transportieren. Das Thema Frauenquote liefert hierfür ein Beispiel. Da ist dann zu lesen, dass Frauen gar nicht in Führungspositionen vordringen wollten, dass sie den Einsatz und die persönlichen Opfer scheuten. Die noch immer ungenügende Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer wird in dieser Argumentation ausgeblendet. Ebenso die Existenz männlicher Netzwerkstrukturen, die diejenigen in wichtige Positionen hieven, die der aktuellen Führung am ähnlichsten sind: selbstverständlich männlich — aber meist auch weiß, heterosexuell und aus „gutem Hause“.

Kein Ende abzusehen

Feminismus, verstanden als emanzipatorische Bewegung, die sich für echte Gleichstellung in der Gesellschaft stark macht, ist damit so notwendig wie eh und je. Erfreulicherweise sehen das zunehmend viele junge Frauen — und Männer — genauso.

Zum Weiterlesen:

GESTERKAMP, THOMAS 2010. Geschlechterkampf von rechts. Wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild des Feminismus radikalisieren. Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO-Diskurs März 2010, online: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07054.pdf>

Ansprechpartnerin für Gender im Büro Baden-Württemberg der Friedrich-Ebert-Stiftung: DR. SABINE FANDRYCH <Sabine.Fandrych@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender/Männerrechtsbewegung im Referat „Forum Politik und Gesellschaft“: CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>



Ohne Netzwerke geht es nicht: In der Politik sind sie für Frauen besonders wichtig — Foto: Fotolia

FRAUEN IN DIE POLITIK!

Im Vergleich zur Wirtschaft sind Frauen in der Politik in den meisten Ländern recht gut repräsentiert. Frauenquoten haben daran keinen unerheblichen Anteil.

Selbst Skeptiker_innen der Quote, wie es etwa Heide Simonis, ehemalige Landesministerin Schleswig-Holsteins, lange Zeit war, halten diese heute für notwendig — jedenfalls in einer Übergangsphase, wie die Politikerin im Februar gegenüber der Bundestagsabgeordneten Katja Mast in Stuttgart einräumte. Zu ausgeprägt sind auch in der Politik die Netzwerkstrukturen, die es Männern meist leichter machen, ein Mandat zu erringen oder in ein politisches Amt zu gelangen.

Netzwerke und Quote

Umso wichtiger ist es, dass Frauen ebenfalls ihre Netzwerke aufbauen und sich gegenseitig zum Engagement und zu (macht-)politischen Ambitionen ermutigen. Vorbilder spielen dabei eine wichtige Rolle. In der Reihe „Rote Frauen — Schwarzer Kaffee“ lädt das Fritz-Erler-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stuttgart regelmäßig solche Powerfrauen ein. Sie zeigen: es geht — wenn auch nicht ohne Widerstände, Konflikte und manche Fallstricke. Der politische Kaffeeklatsch bietet engagierten Frauen aus Baden-Württemberg die Chance, sich zu vernetzen, von den Erfahrungen der anderen zu profitieren und sich auf die politische Verantwortung vorzubereiten.

Denn besonders auf Landesebene und in den Kommunen sind Frauen noch immer unterrepräsentiert. Mit einem derzeitigen Anteil von nur 18,8 Prozent ist der Stuttgarter Landtag in Deutschland Schlusslicht in Sachen Frauenanteil. Ein Ansatzpunkt, um das zu ändern, könnten das Kommunal- und das Landtagswahlrecht sein: Eine paritätische Besetzung der Listen würde für die Geschlechter sicherlich zu gerechteren Ergebnissen führen. Dafür wollen sich die beiden regierenden Parteien im „Ländle“ nun auch einsetzen.

Politisches Handwerkszeug und Zeitmanagement

Dieses Engagement lässt die bayerische Landesregierung bisher vermissen. Dabei besteht auch hier durchaus Handlungsbedarf: Zwei (!) Landrätinnen gibt es in Bayern — und 69 männliche Landräte. Der Frauenanteil in den Gemeinderäten ist mit 18,4 Prozent ähnlich gering wie der baden-württembergische Anteil auf Landesebene. Seit 2011 arbeitet die FrauenKommunalAkademie Bayern der Friedrich-Ebert-Stiftung als Erweiterung der KommunalAkademie Bayern daran, das zu ändern. Mit welchem Erfolg, wird sich bei den nächsten Kommunalwahlen 2014 zeigen.

Häufig scheitert das politische Engagement von Frauen aber an einem ganz banalen Grund: der fehlenden Zeit. Zwischen Beruf, Familie und mancher ehrenamtlichen Tätigkeit werden viele Frauen zerrieben. „Zeitarmut“ heißt das in der Fachliteratur. Das Julius-Leber-Forum in Hamburg — die hanseatische Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung — startet daher durch: In kompakten dreistündigen Seminaren können Frauen sich in allem schulen, was die eng getaktete Politikerin benötigt. Ein Dauerbrenner auf der Themenliste: Zeitmanagement. Wen wundert's?

Vorbilder!

Dass Vorbilder für mehr weibliche Beteiligung gerade in der Politik notwendig sind, zeigt unter anderem das Beispiel Chile. Solange Präsidentin Michelle Bachelet im Amt war, kamen auch Frauen häufiger zum Zuge, wenn es um Mandate und Ämter ging. Mittlerweile sind nur noch 18 von 120 Abgeordneten im Parlament Frauen, von 38 Senatoren sind 5 weiblich — die Liste ließe sich fortsetzen.

Die Probleme fangen auch in dem lateinamerikanischen Land bereits auf der kommunalen Ebene an. Somit muss also dort angesetzt werden, um langfristig etwas an der Unterrepräsentation der Frauen in der chilenischen Politik zu ändern.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen in diesem Oktober hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile Nachwuchspolitikerinnen des progressiven Lagers die Möglichkeit geboten, sich für den Wahlkampf fit zu machen. Mit im Boot bei der dreitägigen Schulung war unter anderem die Stiftung Dialoga, gegründet von Michelle Bachelet. Die ehemalige chilenische Präsidentin ist also ihrem Anliegen, Frauen zu stärken, auch nach ihrer Amtszeit treu geblieben. Von einer Frau, die heute der Frauenorganisation der Vereinten Nationen, UN Women, vorsitzt, ist aber schließlich auch nichts anderes zu erwarten.

Ansprechpartnerin für Gender/Gleichstellung im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg: DR. SABINE FANDRYCH <Sabine.Fandrych@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bayern: KATRIN SCHÖMANN <Katrin.Schoemann@fes.de>

Ansprechpartner für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung Hamburg: DR. PETER HURRELBRINK <Peter.Hurrelbrink@fes.de>

Ansprechpartner für Gender im Referat Lateinamerika: SEBASTIAN SPERLING <Sebastian.Sperling@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Büro Chile der Friedrich-Ebert-Stiftung: ELISABETH GERBER <Bgerber@fes.cl>



Gemeinsam für Gleichstellung: Konzentriertes Arbeiten während der FES-Weiterbildung zum Thema Gender in Cotonou — Foto: FES

GENDER IN AFRIKA

Längst ist Gender als Konzept in Afrika angekommen. Über die internationale Entwicklungszusammenarbeit ist es heute wichtiger Bestandteil fast aller afrikanischen Entwicklungsstrategien.

Konkrete Fortschritte

Auch die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrikas (SADC) ist in den letzten 15 Jahren diesen Weg gegangen: von einer unverbindlichen Deklaration der Gleichstellung von Mann und Frau zum rechtsverbindlichen Protokoll „Gender und Entwicklung“. Die 15 Regierungen der Region haben sich damit verpflichtet, Geschlechtergerechtigkeit in ihren Ländern zu stärken.

Erste konkrete Fortschritte gibt es bereits: So hat sich der Frauenanteil der Abgeordneten im Parlament erhöht, beispielsweise in Südafrika auf 45 Prozent und in Mosambik und Angola auf je 39 Prozent. Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Botswana hat diesen Prozess über viele Jahre begleitet und unterstützt heute die konkrete Umsetzung. Denn: Papier ist geduldig und hehre Worte zum Thema Gender wurden schon viele gesprochen — sehr viel schwieriger ist es, Worten auch Taten folgen zu lassen. Vor allem in einer Region, in der mit Zimbabwe und Madagaskar zwei aktuelle Krisenländer liegen und in der andere Staaten noch mit den Folgen langjähriger gewaltsamer Konflikte kämpfen. Dennoch will SADC bis 2015 in allen gesellschaftlichen Bereichen Fortschritte bei der Geschlechtergerechtigkeit erzielen. Der Countdown läuft und die Zivilgesellschaft des südlichen Afrikas schaut genau hin, ob die Staaten auch „liefern“.

Genderprotokoll-Barometer

Seit drei Jahren gibt eine Allianz aus 40 Organisationen das „SADC Genderprotokoll-Barometer“ heraus — koordiniert von der Nichtregierungsorganisation Gender Links (<http://genderlinks.org.za>) und unterstützt von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dieses Barometer misst die Fort- und Rückschritte bei der Umsetzung des Protokolls auf Ebene der einzelnen Staaten. Damit hat die Zivilgesellschaft ein starkes Instrument in der Hand, das Transparenz schafft und die Regierungen an ihre Verantwortung in Sachen Geschlechtergerechtigkeit erinnert. Das Barometer leistet somit

einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des dritten Millenniumsentwicklungsziels der Vereinten Nationen: bis zum Jahr 2015 Mädchen und Frauen die gleichen Bildungschancen wie Jungen und Männern zu eröffnen.

Männer in der Genderarbeit

Ende Juni dieses Jahres organisierte das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Cotonou/Benin eine zweitägige Weiterbildung, in der lokale Mitarbeiter_innen aus Westafrika ihr Genderwissen auffrischen und vertiefen konnten. Den Teilnehmenden bot dies eine wertvolle Gelegenheit, sich über die Landesgrenzen hinweg zum Thema Gender auszutauschen.

Kernpunkt der angeregten Diskussion war die Frage, inwieweit Männer viel stärker in die Genderarbeit einbezogen werden müssten. So berichteten einige Teilnehmende, die Praxis zeige, dass nicht alle Frauen Vorreiterinnen in Genderfragen seien. Mancher Mann dagegen mache sich durchaus für mehr Geschlechtergerechtigkeit stark. Gender müsse daher sehr viel mehr als ein Menschenrechtsthema diskutiert werden und weniger als reines Frauenthema. Dass dies die Stärkung der bisher deutlich unterrepräsentierten Frauen in der afrikanischen Politik, Wirtschaft und in der Gesamtgesellschaft nicht ausschließen darf, war dabei Konsens.

Zur Umsetzung der Menschenrechte und speziell der gleichen Rechte für Frauen und Männer braucht es beide Geschlechter und eine ehrliche Diskussion. Diese Voraussetzungen waren in Cotonou glücklicherweise erfüllt.

Ansprechpartner für Gender im Referat Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung:

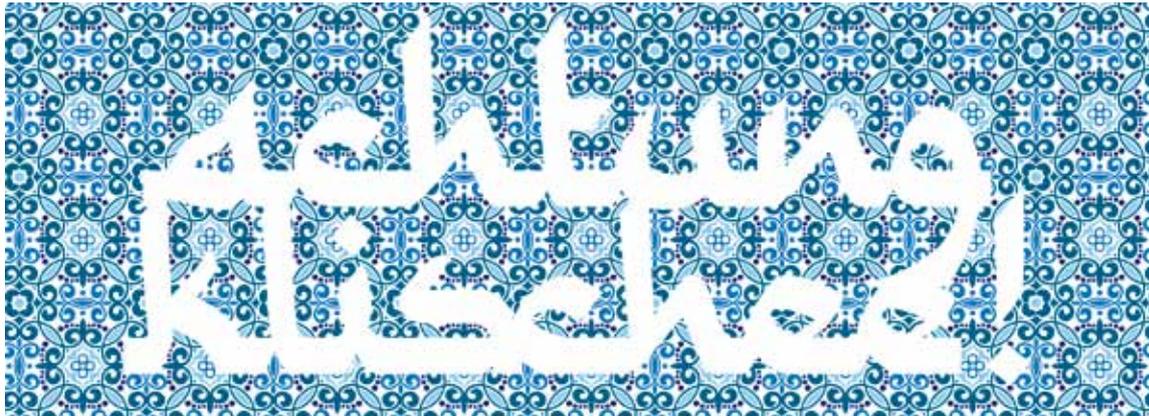
OLIVER DALICHAU <Oliver.Dalichau@fes.de>

Ansprechpartner für Gender in Botswana der Friedrich-Ebert-Stiftung:

HELMUT ELISCHER <Helmut.Elischer@fes-botswana.org>

Ansprechpartner für Gender in Benin der Friedrich-Ebert-Stiftung:

CONSTANTIN GRUND <Constantin.Grund@fes-westafrica.org>



*Alles Machos? Beim Themenkomplex Gender und Migration existieren viele Klischees in den Köpfen.
Flyer zur FES-Veranstaltung im September in Berlin*

GENDER IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT

Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes haben knapp 20 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Über die Hälfte von ihnen besitzt den deutschen Pass und rund ein Drittel wurde in Deutschland geboren. Die größte Einzelgruppe stellen mit gut 20 Prozent diejenigen dar, deren Familienwurzeln in der Türkei liegen.

Diese Bevölkerungsgruppe ist in den letzten Jahren besonders in den Blick der Öffentlichkeit gerückt. Diskutiert wurde vor allem, ob sich Migrant_innen aus der Türkei überhaupt in Deutschland integrieren wollen und inwiefern gerade die zweite Generation oder gar spätere — viele mit deutscher Staatsbürgerschaft — möglicherweise eher in Parallelgesellschaften leben.

Integrationshindernis Islam?

Die Hauptursache dieser von der Mehrheitsgesellschaft vermuteten mangelnden Integrationsbereitschaft war schnell ausgemacht: Der Islam als Religion eines großen Teils dieser Bevölkerungsgruppe stelle das größte Integrationshindernis dar. Gerade in den Geschlechterbeziehungen spiegele sich das wider: Die patriarchalen Familienstrukturen hinderten Frauen an der Entfaltung ihrer Potenziale und förderten bei den Männern ein aggressives, dominantes Verhalten, das in der Mehrheitsgesellschaft schlecht ankomme. So erkläre sich das schlechte Abschneiden dieser jungen Menschen in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt. Liegen die Dinge wirklich so einfach? Das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Baden-Württemberg veranstaltete Anfang Mai dieses Jahres eine Podiumsdiskussion in Konstanz, um die Situation der Frauen mit Migrationshintergrund zu beleuchten. Deutlich wurde in der Runde, dass sehr vielen Frauen dieser Bevölkerungsgruppe Unrecht getan wird, wenn man ihnen Desinteresse an einer gelungenen Integration in Deutschland vorwirft. Bewahren und gleichzeitig verändern — diese Schlagworte beschreiben das Spannungsverhältnis, in dem sich viele der Frauen bewegen.

Die Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin Seyran Ateş betonte, dass der Staat den Frauen Hilfe anbieten müsse, wenn sie diese benötigten, und ihre Rechte zu verteidigen habe. Ob das Kopftuch mit Unterdrückung gleichgesetzt werden kann, wurde kontrovers diskutiert. Eine Vertreterin der DITIB-Moscheegemeinschaft machte darauf aufmerksam, dass es durchaus viele Frauen gebe, die das Kopftuch freiwillig anlegten. Das Problem bestehe vielmehr darin, dass sich Kopftuch und Bildung oder auch beruflicher Erfolg in den Augen der Mehrheitsgesellschaft ausschließen. Damit würden viele Frauen von vornherein zu Opfern gemacht und ein freier Wille werde ihnen abgesprochen.

Hinsehen!

Eines wurde in der Diskussion deutlich: Es bedarf eines sehr viel genaueren Blicks, um die Lage von Frauen mit Migrationshintergrund und insbesondere mit muslimischem Hintergrund zu verstehen. „Zielgruppengerechte Bildungsangebote und Bildungserfolge hängen zusammen. Es gibt jedoch bisher viel zu wenig Angebote“, betonten die Integrationsbeauftragten der Städte Konstanz und Überlingen.

Die Vorurteile und Klischees, die Menschen mit Migrationshintergrund entgegengebracht werden, war auch Anfang September in Berlin Thema eines Diskussionsabends. Diesmal ging es um muslimische Männer mit Migrationsgeschichte. Das große Interesse des Publikums an dem Thema machte deutlich, dass viel zu wenig — differenziert — über diese Bevölkerungsgruppe gesprochen wird. Gerade diese Männer werden nicht selten pauschal mit einer ganzen Reihe von Vorurteilen und negativen Stereotypen in Ver-

bindung gebracht: bildungsfern, aggressiv, gegenüber Frauen und Homosexuellen abwertend und unterdrückend — echte Verlierertypen eben.

Das Soziale nicht aus dem Blick verlieren

Dass dieses Bild maßgeblich durch einen zunehmend islam-skeptischeren, wenn nicht gar islamophoben gesellschaftlichen Diskurs geprägt ist, betonte der Sozialpädagoge Michael Tunç in seinem Eingangsvortrag. Zunehmend seien seit dem 11. September 2001 in der Diskussion vorrangig soziale Probleme zu kulturellen und religiösen geworden.

Ein Hinweis, den auch Patrick Bauer, Journalist und Autor des 2011 erschienenen Buches „Die Parallelklasse“ wichtig fand. Bei den Recherchen zu seinen Klassenkamerad_innen aus der Kreuzberger Grundschulzeit ist ihm klar geworden: Nicht die Religion oder das Herkunftsland haben den weiteren Lebensweg seiner ehemaligen Schulfreund_innen bestimmt — vielmehr gab es einen direkten Zusammenhang mit dem Bildungsstand und der sozialen Herkunft ihrer Eltern.

Dieser Zusammenhang war allen Diskussionsteilnehmer_innen wichtig. Dabei leugnete niemand die bestehenden Probleme. Die zwei Vertreter_innen des Berliner Projekts „Heroes“ konnten ein Lied davon singen: Sie arbeiten mit Jugendlichen aus muslimischen Familien und wissen, dass „Ehre“ hier eine wichtige Rolle spielt und für vieles als Rechtfertigung herhalten muss. Gemeinsam mit den Jugendlichen suchen sie nach Wegen, sich von falschen Ehrvorstellungen frei zu machen.

Denn auch Männer mit Migrationsgeschichte bewegen sich in einem Spannungsfeld von unterschiedlichen Ansprüchen — ihren eigenen, aber auch denen ihrer Familien und natürlich denen der Mehrheitsgesellschaft.

All das kann auch einen „starken Mann“ belasten, machte Kazim Erdoğan deutlich, Leiter einer türkischen Männergruppe in Neukölln. Die Männer, die sich an ihn wenden, sind durchaus selbstkritisch und froh darüber, dass ein Hilfsangebot für sie existiert. Davon gibt es bisher viel zu wenige, sagt der gestandene Psychotherapeut und wünscht sich generell mehr Verständigung zwischen den Bevölkerungsgruppen. Die Stuttgarter und Berliner Diskussionsveranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung sollten genau das möglich machen.

*Ansprechpartnerin für Gender/Integration im Büro Baden-Württemberg
der Friedrich-Ebert-Stiftung: TÜRKAN KARAKURT <Tuerkan.Karakurt@fes.de>*

*Ansprechpartnerin für Gender/Integration im Referat
„Forum Politik und Gesellschaft“: SUSAN JAVAD <Susan.Javad@fes.de>*



Das Bewusstsein verändern: Flyer zur FES-Veranstaltung im März.

GENDER MATTERS!

Massenmedien haben in doppelter Hinsicht eine geschlechtliche Dimension. Zeitungsredaktionen und Fernsehsender sind männlich geprägt, die Filmbranche und die Blogosphäre ebenso. Frauen sind weit davon entfernt, „die Bewusstseinsindustrie zu übernehmen“.

Genau diese männliche Medienwelt ist es, die mit ihren Artikeln, Talkshows, Fernsehserien, Kinofilmen und Blogs unsere Vorstellungen von Geschlecht erheblich prägt. Auf der Tagung „Gender matters! Die Macht medialer Geschlechterbilder“ im März dieses Jahres ging die Friedrich-Ebert-Stiftung der Frage nach, wie Geschlechterrollen in den diversen Bereichen konstruiert und dargestellt werden — von der journalistischen Tagesberichterstattung bis zum Spielfilm.

Zudem wurde ausgelotet, wo Akteur_innen wie Medienschaffende, Politiker_innen und Wissenschaftler_innen die Möglichkeit haben, „subversiv“ tätig zu werden — wo also das Potenzial für Veränderung und für alternative Entwürfe von Geschlechterbildern liegt.

Das *Missy Magazin* hat die Veranstaltung per Blog und YouTube dokumentiert. Alle Text- und Filmbeiträge finden Sie hier: <http://gendermatterstagung.blogspot.de>.

Ansprechpartnerin für Gender/Geschlechterbilder in der Friedrich-Ebert-Stiftung:
CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>



Am Ende kamen knapp 600 Zuschauer_innen zum Duell zwischen Bascha Mika und Jutta Allmendinger — Foto: Jens Schicke

HIGH NOON ZUM 100. FRAUENTAG

Hundert Jahre Frauentag — und um die Frauen ist es schlecht bestellt.

Sie „hocken in der Falle und betreiben ihre eigene Vermausung“. So beschreibt es Bascha Mika in ihrem Buch „Die Feigheit der Frauen“. Die Publizistin stellte ihr Buch in der Diskussionsreihe zum Geburtstag des Internationalen Frauentags — organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung — Mitte Februar 2011 in Berlin vor. Ihr Verdikt war deftig: „Unser politischer Einfluss ist lächerlich. Unser ökonomisches Drohpotenzial der reine Witz.“

Der ehemaligen Chefredakteurin der Tageszeitung taz ist es wichtig, neben der berechtigten Kritik an den Strukturen und der teilweisen Emanzipationsverweigerung der Männer auch die Frauen und ihre Mitschuld am Zementieren männlicher Macht und Dominanz in den Blick zu nehmen: „Wir sind Komplizinnen des Systems.“

Hundert Jahre Frauentag — Zeit, um endlich schmerzhaft Fragen zu stellen? Mikas Diskussionspartnerin Jutta Allmendinger, Direktorin des Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), stellte nicht nur Daten vor, die zeigen sollten, welche Strukturen Frauen in die Teilzeitfalle locken — sie sieht in der individuellen Schuldzuweisung sogar eine Gefahr. „Dieses ‚blaming the victim‘ sehe ich als hochgradig problematisch an“, konterte sie in einer Diskussion, die sich vor 680 Zuhörer_innen zum verbalen Duell zweier starker Frauen entwickelte.

Rückschritt, Backlash — sie fand harte Worte für Mikas Vorgehen. Wenn Allmendinger jetzt in Meetings mehr Frauen in Führungspositionen fordere, würden ihr die Männer triumphierend das Buch von Bascha Mika um die Ohren hauen und sagen: „Sehen Sie, die Frauen wollen selbst nicht.“ Auch Lore Maria Peschel-Gutzeit, ehemalige SPD-Justizsenatorin in Hamburg und Berlin und eine von Mikas Interviewpartnerinnen für das Buch, distanzierte sich vom Feigheitsvorwurf: „Feigheit ist ein Unwerturteil — das haben Frauen nicht verdient.“

Männer stehen still, Frauen bewegen sich?

Jutta Allmendinger stellte vor allem das verallgemeinernde „Wir“ in Mikas Buch infrage und forderte einen differenzierteren Blick. Beispielsweise habe sie im Rahmen ihrer Forschungsarbeit festgestellt, dass Mikas Verdikt nicht für Ostfrauen gelte.

Das sehe man unter anderem daran, dass es im Osten sehr viel mehr Frauen in Führungspositionen gebe. Sie stellten sich auch erheblich weniger infrage als ihre Schwestern im Westen. Zudem — so habe die von ihr betreute Studie „Frauen auf dem Sprung“ (2008) gezeigt — hätten generell alle jüngeren Frauen das Ziel, Beruf und Familie zu vereinbaren, und zählten dabei auf die Mithilfe des Mannes. Die aber stelle sich oft nicht ein. „Wir können von einer Traditionalisierung der Männer sprechen. Das heißt: Männer stehen still und Frauen bewegen sich.“ In der dritten Erhebung (Erscheinung Ende 2012 / Anfang 2013 geplant) werde sich dann herausstellen, ob die Frauen daraufhin tatsächlich in die „Komfortzone“ Heim und Kind abwanderten.

In einer weiteren Studie, „Verschenkte Potenziale“, hat Allmendinger untersucht, warum 5,6 Millionen Frauen im erwerbsfähigen Alter nicht erwerbstätig sind. Hier müssten Bascha Mikas „Feige Frauen“ anzutreffen sein — aber: „Diese Frauen haben gemeinsam, dass der erste Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit aufgrund völlig unerträglicher Rahmenbedingungen erfolgt ist.“ Keine Krippenplätze, schlechte Krippenplätze, Halbtagskindergärten und -schulen seien die Sargnägel für die Erwerbstätigkeit der Frauen. Schlechte Rahmenbedingungen statt Feigheit. „Ich glaube, dass wir uns einen größeren Gefallen tun, wenn wir anstelle dieses Bashings über Gelingensbedingungen sprechen“, so ihr Resümee.

An diesen Bedingungen werde doch seit 40 Jahren gearbeitet, antwortete Mika, und zwar weitgehend erfolglos. Da sei es an der Zeit, mal bei den Individuen zu schauen, ob sie selbst nicht diese Strukturen mit aufrechterhalten. Das Bewusstsein bestimmt das Sein? Allmendinger blieb in dieser Frage dabei: Frauen werden zu Frauen gemacht und das Sein bestimmt das Bewusstsein. Über die Strukturen sei eben 40 Jahre nur geredet worden, geändert habe sich wenig. Eben darüber müsse man offen und ehrlich sprechen, gab Bascha Mika zurück: „Warum sind diese Strukturen denn so hartnäckig, und was daran ist unser individueller Beitrag?“

Gemeinsamer Kampf für bessere Strukturen

Bei so viel Kontroverse mit grundsätzlich gemeinsamer Zielsetzung kam im Publikum ein Konsensbedürfnis auf und die Erkenntnis,

dass beide Positionen nicht zwangsläufig gegeneinander stehen, sondern womöglich zusammen das ganze Bild ergeben: Ob man zwischen den Positionen nicht vermitteln könne, wurde da gefragt. Könne vielleicht das poststrukturalistische Konzept des „Doing Gender“ eine Brücke zwischen Mikas und Allmenders Positionen sein — dass also das Mitwirken des Subjekts im Geschlechterdiskurs bei der Herstellung von Geschlechterdifferenz als gegeben vorausgesetzt wird?

Auch die Moderatorin Claudia Neusüss konnte der „Methode Mika“ etwas abgewinnen: Die Provokation wecke Energie. Und die könne man im Kampf um bessere Strukturen auf jeden Fall gebrauchen.

„Das ganze Leben“

Am 8. März folgte der zweite Höhepunkt im hundertsten Jubiläumsjahr des Weltfrauentags. Unter dem Titel „Das ganze Leben“ ging es um den 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung — eine umfassende Bestandsaufnahme der gleichstellungspolitischen Lage in Deutschland inklusive zahlreicher Handlungsempfehlungen für die Politik.

Mit einer kämpferischen Rede machte die ehemalige Bundesministerin und Vorsitzende des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ingrid Matthäus-Maier, den Auftakt. Ihr rasanter Rückblick begann im Standesamt, als sie dem unwilligen Beamten bei ihrer Trauung zu verstehen geben musste, dass sie den Raum nicht eher verlassen würde, bis der Doppelname in der Urkunde stünde — mit Erfolg. Sie erzählte von ihrem Kampf für Abtreibung, für ein neues Scheidungsrecht und für eine geschlechtergerechte Sprache in Broschüren.

Matthäus-Maier zog durchaus eine positive Bilanz: Pilotinnen, Dirigentinnen, oberste Richterinnen, eine Kanzlerin — all das habe es vor der Frauenbewegung nicht gegeben. „Es hat sich enorm viel geändert.“ Auch sie ist optimistisch für die Zukunft. Aus vier Gründen. So treffe eine gut ausgebildete Frauengeneration auf einen Arbeitsmarkt, dem die Fachkräfte fehlten. Zudem sei mittlerweile bewiesen, dass gleichstellungsorientierte Unternehmen bessere Ergebnisse erzielten. Der Wert der sogenannten Soft Skills, die Frauen gern zugeschrieben würden, sei erkannt worden. Und viele männliche Führungskräfte sähen bei ihren eigenen Töchtern, was die gläserne Decke bewirkt — und leugneten diese nicht mehr.

Den einzelnen Frauen gebe sie jedoch mit auf den Weg, was sicher auch Bascha Mika unterschreiben könnte: „Raus aus der Wartehaltung, raus aus dem Aschenputteldasein. Trauen Sie sich mehr zu!“ Und dann ein lange nicht mehr gehörter Satz: „Seien Sie solidarisch.“ Sie zitierte ein Lied, das das zwiespältige Verhalten der Frauen untereinander auf den Punkt brachte:

„Trau ihr was zu, denn sie ist wie du.
Mäkle nicht rum an der Wahl ihrer Kleider,
auch ohne dich hat sie genügend Neider.
Morgen schon kannst du vielleicht erleben,
dass sich für dich viele Hände erheben.
Da siehst du in Augen, die fragen dich dann,
warum gerade die und ob sie es denn kann?
Aber wir, wir trauen dir was zu
denn wir halten zu dir.“

Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

Doch was muss strukturell geschehen, damit Frauen sich nicht nur etwas zutrauen, sondern es auch realisieren können? Ein Blick in den Gleichstellungsbericht gibt Orientierung für eine progressive Politik. Die Mitautorin Uta Meier-Gräwe, Professorin für Familienwissenschaft in Gießen, erläuterte das Konzept: Der Bericht betrachte „Gleichstellungspolitik nicht als einen politischen Teilbereich, sondern als innovative Gesellschaftspolitik“. Ziel sei eine Gesellschaft mit echten Wahlmöglichkeiten — ein Leben lang. Daher nehme der Bericht strikt die Lebensverlaufsperspektive ein — analysiere also, wie sich Entscheidungen von Frauen auf ihren gesamten Lebensverlauf auswirken und welche Gesetze zu zweifelhaften, das Leben problematisch prägenden Entscheidungen führen.

Meier-Gräwe forderte eine Gesellschaft, die Frauen (und Männer) nicht schon frühzeitig auf Gleise festlegt, die sie kaum noch verlassen können. Als Beispiel für Entscheidungen, die sich auf das gesamte Leben auswirken, nannte sie einen langen Berufsaufstieg nach der Geburt eines Kindes. Was in frühen Jahren mit einem Gender Pay Gap von 23 Prozent beginnt, kumuliert sich im Lebensverlauf auf eine Lohnlücke von insgesamt 58 Prozent.

Die Diagnose des Berichts: „Es fehlt in der Bundesrepublik an einem konsistenten, gleichstellungsorientierten lebensverlaufpolitischen Konzept. Wir haben eher so etwas wie eine Baustelle mit vielen Sackgassen“, so Meier-Gräwe. Das Betreuungsgeld, das Frauen einen Anreiz liefere, auch im zweiten und dritten Lebensjahr des Kindes noch zu Hause zu bleiben, sei vor diesem Hintergrund — ökonomisch gesprochen — eine „völlige Fehlallokation“. Zumal wenn es auch noch gut ausgebildete Frauen seien, deren Potenzial nicht genutzt werde.

Ehefrauen werden, auch mittels Minijobs, vom Arbeitsmarkt ferngehalten. Dass die Frau nur einen Minijob annehme, sei das Ergebnis vieler familiärer Aushandlungsprozesse, da kurzfristig vieles dafür spreche (Ehegattensplitting, steuerliche Privilegierung, beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung etc.); doch langfristig wirken sich solche Entscheidungen verheerend aus. Aufgrund des neuen Unterhaltsrechts stünden viele Frauen, die auf die Minijoboption gesetzt haben, nach einer Scheidung ziemlich schlecht da. Aufgabe des Gesetzgebers sei es also, solche Fehlanreize zu beseitigen.

Eingefahrene Rollenbilder

Der Mann als Hauptverdiener, die Frau als Zuverdienerin — ein Modell aus alten Zeiten? Leider nicht, so zeigt der Gleichstellungsbericht. Zwar ist die Zahl der berufstätigen Frauen in den letzten 30 Jahren gestiegen, das Volumen der geleisteten Stunden allerdings gesunken — Erwerbsarbeit von Frauen wurde nicht gesteigert, sondern das Stundenkontingent nur unter mehr Frauen aufgeteilt. Die Folge: immer mehr „kleine Teilzeit“ bei Frauen, also Arbeitsverhältnisse von 25 Stunden und weniger. Zu diesem Befund passt ein anderer: Männer beteiligen sich kaum mehr am Haushalt, sobald Kinder da sind. Wer macht das Essen, wer räumt die Küche auf? Während der Schwangerschaft erledigen das noch 40 Prozent der Paare zusammen. Nach 34 Monaten sind es nur noch 20 Prozent.

Viel versprechen sich die Autor_innen des Berichts deshalb von einer Ausweitung des Elterngeldes. Die bezahlte Babyzeit sei für Väter eine gute Gelegenheit zu lernen, Kinder und Haushalt

zu versorgen. Auch würden sie — da sie plötzlich ganz andere Wege zurücklegen müssen als nur von der Arbeit und zurück — ein echtes Verständnis dafür entwickeln, was Eltern an öffentlicher Infrastruktur brauchen.

Die Juristin Monika Schuler-Harms, Professorin an der Bundeswehruniversität Hamburg und ebenfalls Mitautorin der Gleichstellungsberichts, ergänzte, wie eingefahrene Rollenbilder auch die Gesetzgebung beeinflussen und umgekehrt Gesetze die Rollenbilder zementieren. So gehe etwa das Steuerrecht von einer daheim bleibenden Ehefrau aus und subventioniere diese. Auch ihre beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung lenke sie auf den Hausfrauenweg. Hat die Politik bisher versucht, die Nachteile der Hausfrau auszugleichen, so sollte sie in Zukunft „Verwirklichungschancen fair aufteilen“, so Schuler-Harms.

Aus dieser Sichtweise ergeben sich folgende Änderungen: Regelungen des Sozial- und Steuerrechts, die an die asymmetrische Rollenverteilung in der Ehe anknüpfen — wie das Ehegattensplitting, die beitragsfreie Mitversicherung und die Witwenrente —, sollten abgebaut werden. Sorgepflichten müssen unabhängig von der Ehe unterstützt werden. Denn auf die Absicherung über die Ehe können sich Frauen nicht mehr verlassen.

Wie weiter?

Und was macht man nun mit dem schönen Bericht? Während Anke Domscheit-Berg, die Führungskräfte in Diversity-Fragen coacht, aus der Perspektive der Ostfrau über Rückschritte im Vergleich zur Zeit vor der Wende klagte, plant Christel Humme, Gleichstellungsexpertin der SPD, und Hannelore Buls, die bei Verdi für Gleichstellungspolitik zuständig ist, politische Konsequenzen: Humme möchte die Minijobs reformieren sowie gesetzliche Regelungen für Entgeltgleichheit und für eine Quote schaffen. Schuler-Harms schlug ein Recht auf „Wahlarbeitszeit“ vor, wodurch man auch von einer Teilzeitstelle wieder in die Vollzeit wechseln könne. Und Hannelore Buls sprach sich für ein Verbandsklagerecht bei Lohnungerechtigkeiten aus.

Aber Buls knüpfte auch an das Thema der ersten Veranstaltung an: Wenn die Strukturen doch so sattfam bekannt seien, „warum hat sich bisher so wenig geändert? Und was wird aus diesem Bericht werden? Ein weiteres Dokument für die Schublade?“ Es fehlt an einem Transfer in die Regierungspolitik, das war zu spüren. So wurde bedauert, dass CDU-Frauenministerin Kristina Schröder den Bericht nicht einmal entgegengenommen habe und ihn auch nie erwähne. Schröder spricht lieber über das Individuum und weniger über die notwendigen Rahmenbedingungen für Geschlechtergerechtigkeit. Schließlich heißt ihr Buch: „Danke, emanzipiert sind wir selber“.

Ansprechpartnerin für Gender/internationaler Frauentag in der Friedrich-Ebert-Stiftung: CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>



Frauen in der Politik sind in Ostmitteleuropa noch viel zu selten — Foto: FES

OSTMITTELEUROPA: GLEICHSTELLUNG IN SICHT?

Während der Sowjetzeiten herrschte beim Thema Gleichstellung eine merkwürdige Diskrepanz zwischen Ideologie und Realität. Propagierte der Staat einerseits die vollkommene Gleichstellung von Mann und Frau — besonders auf dem Arbeitsmarkt —, änderte sich andererseits oft wenig am Rollenverständnis im Privaten.

Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und damit finanzielle Unabhängigkeit: ja. Doch von gerechter Aufteilung zwischen Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern konnte keine Rede sein. Der Zusammenbruch des Ostblocks änderte daran erst einmal wenig. Doch da ein Großteil der sozialen Infrastruktur (z. B. Kitas) wegfiel, verschärfte sich die Situation in den sogenannten Transformationsländern vor allem für Frauen. In manchen Ländern, wie beispielsweise Ungarn, ist seit 1991 die Erwerbsquote von Frauen deutlich zurückgegangen.

Atypische Beschäftigung als Chance?

Kann atypische Beschäftigung — etwa Arbeiten in Teilzeit, mit befristetem Vertrag oder auch die Telearbeit — hier Abhilfe schaffen? Diese Frage wird auch in den Ländern Ostmitteleuropas diskutiert. Bei einer öffentlichen Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai dieses Jahres in Budapest kam es zunächst zu einer inhaltlichen Debatte. Nach Referaten zur Analyse aus Ländersicht und in Hinblick auf die Themen soziale Sicherheit und Geschlechtergerechtigkeit gab es — unter Beteiligung der wichtigsten demokratischen Parteien Ungarns — einen Schlagabtausch zwischen Befürwortern und Skeptikern.

Die rechtskonservative Regierungskoalition FIDESZ-KDNP vertritt den Standpunkt, dass atypische Beschäftigung Frauen eine sehr gute Einstiegschance in den Arbeitsmarkt bietet. Sie könnten so Familien- und Erwerbsarbeit flexibler verbinden.

Aber vieles spricht generell gegen eine Ausweitung atypischer Beschäftigung: Die Flexibilität geht meist auf Kosten der Arbeitsplatzsicherheit, der Qualifikations- und Entwicklungsmöglichkeiten sowie eines angemessenen Lohnniveaus. Langfristig bedeutet das fast immer: Altersarmut. Die ungarischen Gewerkschaften und Vertreter_innen von Frauenorganisationen sehen diese Form der Erwerbsarbeit daher sehr kritisch. In ihrer Perspektive ist atypische Beschäftigung auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit eindeutig eine Sackgasse.

Gleichstellung = wirtschaftlicher Erfolg

Es gibt mittlerweile eine ganze Reihe wissenschaftlicher Studien, die einen deutlichen Zusammenhang zwischen Gleichstellung und wirtschaftlichem Erfolg belegen. Auch deswegen will die Europäische Union die Erwerbsquote von Frauen bis 2020 auf 75 Prozent steigern und besonders die Arbeit von Frauen in der Forschung stärken. Dieses instrumentelle, rein ökonomische Argument sollte eigentlich auch Regierungen überzeugen, die sich in punkto Gleichstellung zurückhalten.

In Ostmitteleuropa gelingt die Übertragung von genderrelevanten Forschungsergebnissen in die Politik bisher nur selten. Das zeigte der Austausch zwischen tschechischen, ungarischen und estnischen Vertreter_innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik im Mai bei einem Fachgespräch in Budapest.

Was hilft — und was nicht

Damit genderrelevante Forschungsergebnisse auch politisch relevant werden, sind Allianzen zwischen Wissenschaft und Politik notwendig. In Ungarn scheint die Bereitschaft, sich im Hinblick auf mehr Gleichstellung beraten zu lassen, besonders niedrig ausgeprägt. In Estland funktioniert die Übertragung vergleichsweise besser.

Die europäische Integration hat in den Jahren vor dem EU-Beitritt vieler Länder Ostmitteleuropas beim Thema Gleichstellung Schützenhilfe geleistet. Aus Brüssel kamen immer wieder wichtige Impulse, die die nationalen Diskussionen befeuerten. Aktivist_innen, aber auch Forscher_innen im Gleichstellungsbereich erhielten dadurch Gelegenheit, ihre Positionen zu formulieren und vorzustellen. Das hat sich seit dem Beitritt vieler Länder der Region verändert und ins Gegenteil verkehrt. Die Brüsseler Initiativen werden beispielsweise in Ungarn oder Litauen von den rechtskonservativen Parteien als Angriff auf die nationalen Kulturen und Traditionen gewertet.

Die größten Hindernisse für die erfolgreiche Übertragung gleichstellungsrelevanter Forschungsergebnisse in die Politik sind überall dieselben: Ignoranz, Desinteresse und Geld. Dass sich daran langfristig etwas in der Region ändert, ist Ziel des 2012 neu ins Leben gerufenen FES-Genderprojekts Ostmitteleuropa. Von Budapest aus arbeitet das regionale Genderprojekt daran, den grenzüberschreitenden Austausch zu gleichstellungspolitischen Themen voranzubringen und Politiker_innen von mehr Gleichstellung zu überzeugen. Keine leichte Aufgabe. Aber man wächst ja bekanntlich an den Herausforderungen ...

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Mittel- und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung: DR. STEFANIE ELIES <Stefanie.Elies@fes.de>

Projektkoordinatorin „Geschlechtergerechtigkeit in Ostmitteleuropa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung: ESZTER KOVÁTS <Eszter.Kovats@fesbp.hu>



Leider noch immer Thema: Gewalt gegen Frauen — Foto: Istock

SCHLUSS MIT GEWALT GEGEN FRAUEN!

Seit Beginn der aktiven Frauenbewegung ist das Thema „Gewalt gegen Frauen“ von trauriger Aktualität. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

In manchen Ländern scheint die Gewalt gegen Frauen und Mädchen sogar noch immer weiter zu steigen. So verzeichnete beispielsweise Argentinien zwischen 2006 und 2008 einen Anstieg von 200 Prozent an Gewaltdelikten gegen Frauen.

Die argentinische Regierung ist jedoch entschlossen, das Problem anzugehen. So hat das Sicherheitsministerium mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Argentinien einen Maßnahmenkatalog entwickelt, mit dem Gewalt gegen Frauen eingedämmt werden soll.

Besonders in den ländlichen Gebieten sollen die Anstrengungen verstärkt werden. Durch Sensibilisierungsmaßnahmen bei den lokalen Behörden, der Polizei sowie durch Aufklärungskampagnen für die Frauen selbst und nicht zuletzt durch eine engere Vernetzung mit vor Ort wirkenden NGOs werden die Voraussetzungen geschaffen, um die Gewalt zu reduzieren und vor allem die Straftaten gegen Frauen besser ahnden zu können.

Gegen Gewalt an Frauen in Europa

Für Europa rufen das Europäische Parlament und der Ministerrat dazu auf, eine europäische Strategie und einen Aktionsplan gegen Gewalt gegen Frauen zu entwickeln.

Ein Schritt wurde im Oktober dieses Jahres mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel gemacht: Die European Women's Lobby (EWL) lud belgische Frauenverbände sowie Vertreter_innen der europäischen Institutionen ein, sich mit Expert_innen aus ganz Europa über das Thema Gewalt gegen Frauen auszutauschen. Das Jahrestreffen der Expert_innengruppe der EWL bot die Möglichkeit, auf die thematische Brisanz hinzuweisen sowie gemeinsame Strategien und Kampagnen zu entwickeln.

Vor allem ging es darum, die Ratifizierung der Konvention des Europarats zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und der häuslichen Gewalt voranzutreiben. Die europäische Frauenlobby nutzte den Event zudem, um das „EWL Barometer on Rape 2013“ vorzustellen. Es soll unter anderem größere Transparenz bei den Vergewaltigungsstatistiken schaffen. Zudem werden damit die Ergebnisse einer EWL-Studie zu geschlechterbasierter Gewalt in Europa aufbereitet und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

So werden nach Untersuchungen der EWL in Bulgarien zwar 10 bis 18 Prozent aller Frauen über 18 Jahre Opfer von sexueller Gewalt, doch nur 4 Prozent zeigen dies bei der Polizei an. Auch in Deutschland bringen nur 5 Prozent aller vergewaltigten Frauen die Taten zur Anzeige. Das „Barometer on Rape 2013“ will hier Klarheit schaffen: Gewalt gegen Frauen ist noch immer ein schwerwiegendes Thema und eine europäische Strategie muss die tatsächlichen Zahlen berücksichtigen.

*Ansprechpartner für Gender im Referat Lateinamerika und Karibik:
SEBASTIAN SPERLING <Sebastian.Sperling@fes.de>*

*Ansprechpartner im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Argentinien:
ACHIM WACHENDORFER <Achim.Wachendorfer@fes.org.ag>*

*Ansprechpartnerin für Gender im Referat Westeuropa/Nordamerika:
SUSANNE STOLLREITER <Susanne.Stollreiter@fes.de>*

*Ansprechpartnerin für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel:
FRIEDRIKE KAMM <Friederike.Kamm@fes-europe.eu>*



Alt werden wir alle — und dann? — Foto: Fotolia

ZUKUNFTSBAUSTELLE PFLEGE

Der demografische Wandel — längst ist er da und konfrontiert die Gesellschaft mit vielen Fragen. Eine der dringendsten ist: Wie kann die Pflege alter Menschen zukünftig in Deutschland organisiert werden?

Bereits 2009 gab es laut Statistischem Bundesamt über 2,3 Millionen Pflegebedürftige — ein Zuwachs von 16 Prozent im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung von 1999. Da die deutsche Gesellschaft rasant altert, wird sich dieser Trend in den nächsten Jahrzehnten verstärken.

Frauen: Zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit

68 Prozent der Pflegebedürftigen werden derzeit zu Hause betreut. Die meisten Pflegenden sind Frauen, die daher häufig nur eine Teilzeitbeschäftigung oder gar keine Berufstätigkeit ausüben können. Langfristig bedeutet diese Situation für sie ein erhebliches Armutsrisiko: Wer wenig Einkommen hat, kann aus der gesetzlichen Rentenkasse künftig kaum noch etwas erwarten.

Die für die Pflege von Angehörigen aufgewendete Zeit ergibt umgerechnet geschätzte 3,2 Millionen Vollzeitarbeitsplätze. Da liegt es nahe zu fragen, ob es nicht sinnvoller wäre, diese potenziellen Stellen zu besetzen. Damit könnte man es den — unbezahlt pflegenden — Frauen ermöglichen, ihre bezahlte Erwerbsarbeit zu steigern.

Dienstleistungszentren & das 1.000-Stunden-Modell

Zwei Modelle sind denkbar. Sie wurden in einem Fachgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung Baden-Württemberg im Juli 2012 Vertreter_innen aus Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft vorgestellt.

Ein Modell wären sogenannte Dienstleistungszentren für Bürger_innen auf kommunaler Ebene. Diese könnten durch die direkte Anbindung an das Lebensumfeld der Menschen im Verbund mit freien Trägern und Selbsthilfegruppen konkrete Angebote für die Bedarfe vor Ort entwickeln. Zu finanzieren wären solche Zentren etwa mit Steuermitteln sowie einer echten Bürgerversicherung, die alle Bevölkerungsgruppen einbezieht. Beim Thema Pflege geht es aber nicht nur darum, die Sorge um die eigenen Angehörigen „auszulagern“. Oft möchten Frauen, und auch Männer, bei einem familiären Pflegefall in die Versorgung eingebunden werden. Dem trägt ein weiteres Modell Rechnung: 1.000 Stunden sollen jedem und jeder Beschäftigten zur Verfügung stehen, in denen er oder sie sich um pflegebedürftige

Angehörige kümmern kann — bei einem Rechtsanspruch auf Rückkehr an den Arbeitsplatz und die bereits bestehende zehntägige Freistellung, allerdings mit Lohnersatzleistungen, am Anfang der Pflegebedürftigkeit. So kann die langfristige Versorgung auch tatsächlich organisatorisch auf den Weg gebracht werden.

Die 1.000 Stunden sollten über einen längeren Zeitraum gestreut und ebenfalls mit Lohnersatzleistungen verbunden werden. Finanziert werden müsste dies durch eine leichte Beitragserhöhung, unter einem Prozent, bei der Pflegeversicherung. Diese Erhöhung ist angesichts der Zahl zukünftiger Pflegebedürftiger längst fällig und würde es zudem ermöglichen, Pflegeberufe besser zu bezahlen. Denn auch hier krankt das derzeitige System. Pfleger_innen werden händeringend gesucht, doch bei den körperlichen Belastungen, den Arbeitszeiten — auch an Wochenenden oder nachts — sowie der dürftigen Bezahlung finden sich immer weniger Bewerber_innen für diesen Beruf.

Von anderen lernen

Deutschland hat also noch einen weiten Weg vor sich, um den Herausforderungen im Pflegebereich angemessen zu begegnen. Ein Blick nach Skandinavien (Heintze, 2012) könnte lohnen. Dort hat eine öffentlich finanzierte Pflegeinfrastruktur den Weg frei gemacht: für gute Pflege, für eine Entlastung der Familien — vor allem der Frauen — und nicht zuletzt für ein Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum.

Zum Weiterlesen:

HEINTZE, CORNELIA 2012. Auf der Highroad — der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem. Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Diskurs Juli 2012, online: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09243-20120730.pdf>

Ansprechpartnerin für Gender im Büro Baden-Württemberg der Friedrich-Ebert-Stiftung: DR. SABINE FANDRYCH <Sabine.Fandrych@fes.de>

Ansprechpartnerin für das Thema Gender/Pflege im Referat „Forum Politik und Gesellschaft“: CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>

Betreuungsgeld. Erfahrungen aus Finnland, Norwegen und Schweden

Die nordischen Staaten gelten familien- und gleichstellungspolitisch als wesentlich fortschrittlicher als Deutschland. Dennoch haben Schweden, Finnland und Norwegen unter konservativen Regierungen wenig progressive Maßnahmen wie das „Betreuungsgeld“ eingeführt. Begründet wurde dies, wie auch hierzulande, mit der Wahlfreiheit der Eltern.

In Schweden sprechen sich jedoch mittlerweile alle großen Parteien — auch die Konservativen — dafür aus, das Betreuungsgeld wieder abzuschaffen. In Norwegen wurde es von ursprünglich zwei Auszahlungsjahren auf ein Jahr begrenzt. Wie kam es zu diesem Sinneswandel und wie verlief die gesellschaftspolitische Diskussion zu dem Thema?

Die *Internationale Politikanalyse* der Friedrich-Ebert-Stiftung „Betreuungsgeld. Erfahrungen aus Finnland, Norwegen und Schweden“ (Ellingsæter, 2012). analysiert die Debatten in den nordischen Staaten — und liefert damit auch viele aufschlussreiche Argumente für die aktuelle deutsche Diskussion um das „heiße Eisen“ Betreuungsgeld.

Zum Weiterlesen:

DR. ELLINGSÆTER, ANNE LISE 2012. Betreuungsgeld. Erfahrungen aus Finnland, Norwegen und Schweden. Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse April 2012, online: <http://library.fes.de/pdf-files/id/09036.pdf>

Bestellung auch über: id-info-wena@fes.de

Mehr Rückschritt als Fortschritt. Kanadische Frauen, Feminismus und die Regierung Harper

2012 wurde Kanada in einer globalen Studie unter den G-20-Ländern zum Land mit den besten Lebensumständen und -chancen für Frauen erklärt. Diese Spitzenposition täuscht allerdings darüber hinweg, dass die Gleichstellungspolitik in Kanada seit den 90er Jahren einen massiven konservativen *Rollback* erfährt.

Die kanadische Frauenbewegung konnte unter den liberalen Minderheitsregierungen in den 60er und 70er Jahren erhebliche Fortschritte erzielen und stieß mit frauenpolitischen Themen auf großen Widerhall in der Bevölkerung.

Mit der Wahl progressiv-konservativer Mehrheitsregierungen in den 80er Jahren wurde jedoch ein Umschwung eingeleitet: Viele Mitglieder der konservativen Fraktion wollten in der Geschlechterpolitik die Uhr zurückdrehen. Dieser Trend setzt sich in der aktuellen Politik fort. Unter Kanadas konservativen Regierungen sind frauenpolitische Errungenschaften ohne öffentliche Debatte sukzessive zurückgefahren worden. So wurden Zuschüsse für feministische Organisationen gekürzt, AlleinverdienerInnen wieder bessergestellt und Angriffe auf die Abtreibungsgesetzgebung geführt. Die *Perspektive* der Friedrich-Ebert-Stiftung „Mehr Rückschritt als Fortschritt. Kanadische Frauen, Feminismus und die Regierung Harper“ (Bashevkin, 2012) gibt einen Einblick in die aktuellen kanadischen Debatten der Gleichstellungspolitik.

Zum Weiterlesen:

BASHEVKIN, JULIA 2012. Mehr Rückschritt statt Fortschritt. Kanadische Frauen, Feminismus und die Regierung Harper. Friedrich-Ebert-Stiftung, Perspektive Juli 2012, online: <http://library.fes.de/pdf-files/id/09274.pdf>

Bestellung auch über: id-info-wena@fes.de

Hetero, weiß und männlich? Fußball ist viel mehr!

Fairness, Toleranz, gegenseitiger Respekt — diese Werte möchte der Fußball verkörpern. Denn Fußball bietet, wie viele andere Sportarten, die Chance, unterschiedliche Menschen als Team zusammenzubringen — egal welche Hautfarbe sie haben und woher sie kommen.

Diesem integrativen Moment des Fußballs steht seine Schattenseite gegenüber: Rassismus, Sexismus und Homophobie.

Die Studie „Hetero, weiß und männlich? Fußball ist viel mehr!“ der Friedrich-Ebert-Stiftung analysiert diese Diskriminierungstrends im Fußball und zeigt Strategien und Maßnahmen auf, um hier gezielt entgegenzuwirken.

Zum Weiterlesen:

DEGELE, NICOLE; JANZ, CAROLINE 2011. Hetero, weiß und männlich? Fußball ist viel mehr! Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Homophobie, Rassismus und Sexismus im Fußball. Friedrich-Ebert-Stiftung: Forum Politik und Gesellschaft. Berlin 2011, online: <http://library.fes.de/pdf-files/do/08165.pdf>

Bestellung auch über: forumpug@fes.de

Hintergründe zur Individualbesteuerung in Schweden. Oder warum das Ehegattensplitting in Schweden schon lange Geschichte ist

Noch immer geht das deutsche Steuersystem vom männlichen Alleinverdiener und der weiblichen Zuverdienerin aus. Damit zementiert es ein inzwischen weitgehend überkommenes Gesellschaftsbild.

Dieses Jahr kochte die Diskussion um das Ehegattensplitting im Kontext der Debatte um die Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften hoch. Gefordert wurde, auch homosexuellen Paaren die Vorteile des Ehegattensplittings zukommen zu lassen. Dabei sprechen viele Gründe dafür, das Ehegattensplitting als antiquiertes Besteuerungsmodell vollständig zu ersetzen: durch die sehr viel modernere Individualbesteuerung. Wie so oft, lässt sich dabei „vom Norden“ lernen. Die Perspektive der Friedrich-Ebert-Stiftung „Hintergründe zur Individualbesteuerung in Schweden. Oder warum das Ehegattensplitting in Schweden schon lange Geschichte ist“ bietet für die deutsche Diskussion wichtige Denkanstöße.

Zum Weiterlesen:

NYBERG, ANITA 2012. Hintergründe zur Individualbesteuerung in Schweden oder warum das Ehegattensplitting in Schweden schon lange Geschichte ist. Friedrich-Ebert-Stiftung. Perspektive September 2012. <http://library.fes.de/pdf-files/id/09342.pdf>

Bestellung auch über: id-info-wena@fes.de

Auf der Highroad — der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem. Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland

Deutschland spart. Jedenfalls in manchen Bereichen. Dass es sich dabei oft um die falschen Bereiche handelt, verdeutlicht die Studie „Auf der Highroad — der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem. Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland“.

Das deutsche Pflegesystem ist hochgradig unterfinanziert. Die negativen Konsequenzen betreffen die Pflegebedürftigen wie auch die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten. Eine Folge ist, dass Pflege hierzulande bis heute größtenteils in der Familie abgedeckt wird. In der Familie heißt: Vor allem Frauen pflegen Angehörige. Oft zulasten ihrer Berufschancen und damit langfristig zulasten ihrer eigenen Absicherung im Alter.

In der außerfamiliären Pflege finden sich immer weniger Menschen, die bereit sind, zu den gängigen schlechten Konditionen zu arbeiten. Und das bei einer stetig steigenden Zahl an Pflegebedürftigen. Was also tun?

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, dass Pflege auch anders — besser — organisiert werden kann als es bisher bei uns geschieht. Gleichzeitig kann sich die Professionalisierung und Aufwertung des Pflegesektors gesamtwirtschaftlich positiv auswirken und einen wichtigen Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit leisten.

Zum Weiterlesen:

HEINTZE, CORNELIA 2012. Auf der Highroad — der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem. Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Diskurs Juli 2012, online: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09243-20120730.pdf>
Bestellung auch über: Claudia.Unkelbach@fes.de

Einsam an der Spitze: Frauen in Führungspositionen in der öffentlichen Wirtschaft

Die Frauenquote für die DAX-Konzerne ist in aller Munde, denn die Frauenanteile in den Spitzenpositionen der deutschen Privatwirtschaft stagnieren seit Jahren auf niedrigem Niveau. Erstaunlich unberücksichtigt von der öffentlichen Debatte blieb bislang die öffentliche Wirtschaft — ein riesiger Bereich mit rund 15.000 Unternehmen und einer Bilanzsumme von rund 1,4 Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten dort sind Frauen, doch das spiegelt sich kaum in den Führungsetagen wider, obwohl es sich hier um den ureigenen Einflussbereich des Staates handelt. Nur vereinzelt streifen Studien bislang am Rande diesen Themenkomplex.

Am 21. November 2012 veröffentlicht die Friedrich-Ebert-Stiftung die Studie „Einsam an der Spitze: Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Sektor“ (Schimeta, 2012). Sie fasst die vorhandenen Datenquellen für den Bereich Frauen in Führungspositionen in öffentlichen Unternehmen und Verwaltungen in Deutschland zusammen, ergänzt diese durch eigene Auswertungen und gibt einen Überblick über die bestehenden rechtlichen Regelungen. So wird deutlich: Es gibt eklatanten Hand-

lungsbedarf, aber auch einzelne bemerkenswerte Erfolge, wenn die Voraussetzungen stimmen.

Zum Weiterlesen:

SCHIMETA, JULIA 2012: Einsam an der Spitze: Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Sektor. Friedrich-Ebert-Stiftung: Forum Politik und Gesellschaft. Berlin 2012, online: http://www.fes.de/forumpug/inhalt/documents/Expertise_Internet_.pdf
Bestellung auch über: forumpug@fes.de

Yemen's Women and the Quest for Change. Political Participation after the Arab Revolution

2011 erhielt die jemenitische Journalistin Tawakul Karman für ihr menschenrechtliches und politisches Engagement im Zuge der Revolution in ihrem Heimatland den Friedensnobelpreis.

Zum ersten Mal trat damit eine jemenitische Frau in die den Blick der Weltöffentlichkeit. Anlässlich des Jahrestages des Umsturzes im Jemen zieht die *FES-Perspektive* Yemen's Women and the Quest for Change. Political Participation after the Arab Revolution eine Zwischenbilanz: Was ist im Jemen vom Arabischen Frühling übrig geblieben? Wo stehen die aktiven Frauen? Was hat sich seither für die Jemenitinnen verändert?

Zum Weiterlesen:

AL-SAKKAF, NADIA 2012. Yemen's Women and the Quest for Change. Political Participation after the Arab Revolution. Friedrich-Ebert-Stiftung, Perspektive Oktober 2012, online: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09434.pdf>
Bestellung auch über: info.nahost@fes.de



FES-Geschäftsführer Dr. Roland Schmidt — Foto: David Rubinger

WER „MACHT“ EIGENTLICH GENDER IN DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG?

Die Antwort ist kurz: eigentlich alle.

Schließlich ist die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) den Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Leitmotive unserer politischen Bildungs- und Beratungsarbeit weltweit. Geschlechtergerechtigkeit ist in unserem Verständnis ein integrativer Bestandteil von sozialer Demokratie und Voraussetzung, um Chancenungleichheit und soziale Ungerechtigkeit zu überwinden. Frauenförderung, Gleichstellungspolitik und Gendermainstreaming als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern sind daher wichtige Ansätze und Instrumente der Arbeit der FES.

Nach wie vor sind Ressourcen und Gestaltungsmöglichkeiten weltweit äußerst ungleich verteilt — auch und gerade zwischen den Geschlechtern. Dies zeigt unter anderem sehr anschaulich der aktuelle Global Gender Gap Report, den das World Economic Forum (WEF) im Oktober 2012 vorgelegt hat. Gerade hinsichtlich der wirtschaftlichen Gleichstellung bleibt noch viel zu tun, hebt der Bericht hervor. Gleichzeitig wurden in vielen Ländern durch Emanzipation und Gleichstellungspolitik konkrete Verbesserungen bei der Geschlechtergerechtigkeit erreicht — am meisten in den nordischen Ländern, die die Rangliste anführen. Deutschland liegt bei der geschlechtergerechten Verteilung von Ressourcen und Chancen auf Platz 13 von 132 Ländern. Trotz vieler Fortschritte ist es also weiterhin notwendig, nicht nachzulassen.

Die FES hat diesen gesellschaftspolitischen Veränderungsprozess schon immer aktiv unterstützt — weltweit und auch im eigenen Haus. Noch bis in die 80er Jahre war die politische Bildung, Forschung und Beratung — auch in unserer Stiftung — eine männlich dominierte Welt: Männer machten politische Bildung, Männer schrieben politische Analysen, Männer berieten Regierungen, Männer bestimmten die Agenda. Heute sieht es in

der FES ganz anders aus: Frauen arbeiten auf allen Ebenen und in allen Bereichen — rund 50 Prozent der Führungspositionen sind mit Frauen besetzt. Viele Büros im In- und Ausland werden von Kolleginnen geleitet. Auf der ganzen Welt ist das Gesicht der Friedrich-Ebert-Stiftung damit weiblicher geworden. Diese Entwicklung war für uns als Organisation im höchsten Maße produktiv. Die Vielfalt der Perspektiven auf die Themen hat sich stimulieren und positiv auf die Qualität unserer gesellschaftspolitischen Arbeit ausgewirkt.

Gender ist heute ein Fortschrittsthema: Die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht nur eine normative Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein Schlüssel zu zukünftigem Wachstum und Wohlstand. So zeigen die im Rahmen der Genderforschung gewonnenen Erkenntnisse deutlich, dass eine moderne Wirtschafts-, Sozial- und Familienpolitik — und hier ließen sich noch viele Politikfelder ergänzen — notwendigerweise immer geschlechtergerecht ist. Die Konfliktlinien verlaufen dabei oft nicht mehr zwischen den Geschlechtern, sondern zwischen konservativen und progressiven Kräften im Ringen um das Verhältnis von Tradition und Moderne. Es bleibt noch viel zu tun: Die Überwindung von Geschlechterungerechtigkeiten ist eine elementare — dauerhafte — Aufgabe.

Daher ist es nur folgerichtig, dass der Arbeitsbereich „Genderkoordinierung“ eine zentrale Aufgabe in der FES ist. Hier werden Informationen zu Themen der Frauenförderung, der Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik innerhalb der FES gebündelt. Der Austausch unter interessierten Kolleg_innen im In- und Ausland und im politischen Umfeld wird gefördert. Auch die interne Qualifizierung von Mitarbeiter_innen im Gendermainstreaming bleibt ein maßgebender Auftrag der Gegenwart und Zukunft.

Besonders wichtig ist uns auch die regelmäßige Berichterstattung über unsere Arbeit zu Genderthemen. Sie erfolgt nun in einem neuen Format: Mit dieser Ausgabe geht „Gender Matters!“ an den Start, der Infobrief zur geschlechterpolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er wird regelmäßig über die geschlechterpolitische Arbeit der FES informieren — und damit den Austausch und das Netzwerken zu diesem Zukunftsthema fördern.

Unter dem aktuellen Titel „Geschlechtergerechtigkeit in Krisenzeiten“ macht der Infobrief in dieser ersten Ausgabe deutlich: Gender geht in der Tat alle an — nicht zuletzt die Finanz- und Wirtschaftswelt, die gut daran täte, sich stärker mit geschlechterpolitischen Fragen auseinanderzusetzen.

GENDERBEZOGENE PROMOTIONS- PROJEKTE MIT FÖRDERUNG DURCH DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Abteilung Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert eine ganze Reihe genderbezogener Promotionen in unterschiedlichen Fachrichtungen.

Nähere Informationen zu den einzelnen Projekten können bei Dr. Ursula Bitzegeio <Ursula.Bitzegeio@fes.de> erfragt werden.

Comparative Analysis of Treatment of Female Asylum Seekers and Refugees of Islamic Background in Germany and Norway.

Doktorandin: Ivana Jurisic

Das Recht auf angemessene Vorkehrung im Gleichbehandlungsrecht aus arbeitsrechtlicher Perspektive.

Doktorandin: Cathleen Rosendahl

Gleichstellung in öffentlichen Betrieben.

Doktorandin: Julia Schimeta

Der Kampf um die Vulva hat begonnen: Intimchirurgie als biopolitische Technologie des Selbst zwischen Zwang und Selbstermächtigung.

Doktorandin: Anna-Katharina Meßmer

Rudolf Brazda und die nationalsozialistische Homosexuellenverfolgung in der Region Altenburg/Leipzig.

Doktorand: Alexander Zinn

Doing Family International — Migrantische Arbeiterinnen in deutschen Familienhaushalten. Bezugsrahmen und Alltagspraktiken in einer interkulturellen Vereinbarkeitsstrategie.

Doktorandin: Julia Nana Heyl

Ehre in der deutschsprachigen Literatur von türkischen AutorInnen.

Doktorand: Hakan Tunç

Schulabrecher/innen in Berlin.

Doktorandin: Sarah Ninette Kaliga

Nana Conti — Die Leiterin der Reichsfachschaft Deutscher Hebammen.

Doktorandin: Anja Katharina Peters

Eine vergleichende Studie der Fragmentierung von Familienpolitik durch Betreuungsgeldleistungen.

Doktorandin: Julia Höppner

Frauen unter Gottes Ruf — Frauen der evangelischen Mission im kolonialen Afrika.

Doktorandin: Kathrin Treins

Gender Mainstreaming im Politikfeld Bildung — eine vergleichende Analyse der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg.

Doktorandin: Jasmina Crcic

Schüler/innenvorstellungen über Menschenrechte — Implikationen für die Politische Bildung.

Doktorandin: Inken Heldt

Kommunalpolitiker(innen) mit Migrationshintergrund: Die Bedeutung von Migrationshintergrund und Ethnizität für ihr politisches Handeln.

Doktorand: Cihan Sinanoğlu

Else Lasker Schülers Auseinandersetzung mit der jüdischen Tradition im Kontext des Kulturzionismus.

Doktorandin: Birgit Maria Körner

Unity in Diversity? Fremdbilder, Konfliktpotenzial und religiöse Identitäten in städtischen Diversitätskonzepten.

Doktorandin: Alexa Kühnen

Killers Are Sort of Romantic: Gender, Sexuality and Violence in Contemporary Young Adult Fiction.

Doktorandin: Marion Rana

Soziale Ungleichheit und die Hermeneutik des Leibes.

Doktorandin: Denise Zeyer

Kinder im Blick? Kinder- und Kindheitsbilder in familienpolitischen Diskursen der BRD.

Doktorandin: Nadine Kreitmeyr

Die weibliche Gottesidee des Devimahatmya.

Doktorand: Adrian Tavaszi

Vom Mensch-Sein zum Person-Sein. Grundlagen einer Person- bzw. Subjekttheorie im islamischen Recht.

Doktorandin: Ghazaleh Faridazadeh

Frauenleadership als Faktor von Gendergerechtigkeit in Kirgistan.

Doktorandin: Nazira Alymbaeva

Polnische Arbeitskräfte in Deutschland: eine Möglichkeit zur Behebung des Pflegenotstands?

Doktorandin: Patrycja Kniejska

Gender Studies in der gegenwärtigen Ukraine: Zustand, Probleme und Perspektive.

Doktorandin: Snizhana Maksymchuk

FOKUS:

Von „jungen Helden“ und „alten Weibern“

Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei „die tageszeitung“

Die Eurokrise und die Frauen: Maskulinisierung des Sozialstaats

Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei „die tageszeitung“

Die Krise als Chance: Weichenstellung für eine geschlechtergerechte Zukunft

Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei „die tageszeitung“

„Occupy Future“ — Ist Nachhaltigkeit die Lösung für die Geschlechterfrage?

Autorin: Dr. Cäcilie Schildberg, Friedrich-Ebert-Stiftung

RÜCKBLICK:

„Unser Kampf für die Frauenrechte geht weiter“

Autorinnen: Seija Sturies und Julia Hempfling, Friedrich-Ebert-Stiftung

Ägypten, sowie Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei

„die tageszeitung“

Das „Projekt Frauenquote in der Wirtschaft“

Autorin: Susan Javad, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin •

Bearbeitung: Friederike Kamm, FES Brüssel

Den Rollback aufhalten!

Autorin: Susan Javad, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Frauen in die Politik

Autorin: Susan Javad, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Gender in Afrika

Autorin: Susan Javad, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Gender in der Migrationsgesellschaft

Autorin: Susan Javad, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Gender matters!

Autorin: Christina Schildmann, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

High Noon zum Frauentag 2011

Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei „die tageszeitung“

Ostmitteleuropa: Gleichstellung in Sicht?

Autorin: Susan Javad, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin •

Bearbeitung: Eszter Kováts, Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest

Schluss mit Gewalt gegen Frauen!

Autorin: Susan Javad, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin •

Bearbeitung: Friederike Kamm, Friedrich-Ebert-Stiftung Brüssel

Zukunftsbaustelle Pflege

Autorin: Susan Javad, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

LEKTORAT UND REDAKTIONELLE BEARBEITUNG:

Heike Herrberg

GRAFISCHE GESTALTUNG:

Andrea Schmidt / Typografie/im/Kontext •

Dominik Ziller / DZGN

GESAMTKOORDINATION UND -REDAKTION DES INFOBRIEFS:

Susan Javad, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin •

Mitarbeit: Judith Althaus, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

VERANTWORTLICH:

Bettina Luise Rürup, Leiterin des Forum Politik und Gesellschaft,

Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

HERAUSGEBER:

Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Forum Politik und Gesellschaft

Hiroshimastraße 17

10785 Berlin

ISBN: 978-3-86498-422-8

© 2012 • Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft

www.fes.de